Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Breslau b. Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 52.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 22. Januar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Amtliches.

Berlin, 20. Januar. Der König hat dem Stadtgerichtsrath Kolk zu Berlin den R. Adl.-Ord. 3. Kl. mit der Schleife; dem Rittergutsbes. v. Nickisch-Rosenegk auf Nieder-Hermsdorf im Kreise Goldberg-Haynau den R. Adl.-Ord. 4. Kl.; dem Ober-Steuer-Inspektor, Reg.-Rath v. Gansauge zu Elbing den Kron.-Ord. 3. Kl.; dem Rechnungsrath und Buchhalter Krausnick bei der General-Militärkasse den Kron.-Ord. 4. Kl.; dem Steuer-Aufseher Ditzler zu Neuß das Allgem. Ehrenzeichen; sowie dem Seconde-Lieutenant Frhrn. von Lyncker im 2. Ostpreuß. Gren.-Regmt. Nr. 3 die Rettungs-Medaille am Bande; dem Stadt- und Kreisger.-Direktor Elsholtz in Magdeburg den Charakter als Geh Justizrath verliehen; sowie die Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspektoren Giese zu Bromberg, Koschel zu Breslau, Lex zu Hagen und Grüttefien zu Hannover zu Regierungs- und Bau-Räthen ernannt.

Der Kataster-Kontroleur Ramdohr zu Wanzleben ist zum Steuer-Inspektor, der seitherige Kreis-Wundarzt Dr. Matthaei zu Verden zum Kreis-Physikus des Kreises Verden; und der praktische Arzt 2c. Dr. Wiehen zu Hildesheim zum Kreis-Wundarzt des Kreises Hildesheim ernannt worden.

Vom Landtage.

5. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 20. Januar. 12 Uhr. Am Ministertisch von Kameke, Geh. Finanzrath Rhode, Ministerialdirektor Weishaupt. — Vom Abg. Windthorst (Meppen) ist eine Interpellation betreffend die Ueberschwemmungen in der Nogatniederung und Linderung der Noth der dadurch Betroffenen eingegangen. — Die Uebersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1875 wird auf Antrag des Abg. Hammacher der Rechnungskommission überwiesen. — Es folgt die Berathung über die Nachweisung der Resultate der Veranlagung zur Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer für 1876.

Abg. Rickert: Ich habe gestern schon auf die Fehler der Instruktion über die Erhebung der Klassensteuer hingewiesen und gesagt, daß dieselbe die Popularität der neuerdings durchgeführten Reform außerordentlich geschädigt habe. Es sind ja auch gestern noch verschiedene andere Klagen laut geworden, und ich beantrage deshalb, die Vorlage an die Budgetkommission zur näheren Prüfung zu überweisen.

Abg. Röckerath: In der gestrigen Generaldebatte des Etats sind die verschiedensten Urtheile über die Steuerkraft der Bevölkerung laut geworden; heute sind wir in der Lage, an der Hand authentischen Materials die Berechtigung der gestrigen Urtheile zu prüfen. Ich bin nun nach dieser Prüfung nur in meiner früheren Ansicht bestärkt worden, daß das gegenwärtige, der Erhebung der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer zu Grunde liegende System ein durchaus unrichtiges ist, weil man den alten Grundsatz, daß die Steuerpflicht der Steuerkraft entsprechen müsse, vollständig vernachlässigt hat. Bei uns tritt im Gegentheil geradezu eine Aussaugung der Bevölkerung ein. (Oho! links.) Die Klassensteuer ist jetzt direkt Einkommensteuer geworden, und wir müssen darauf hinwirken, daß sie das wieder werde, was sie ursprünglich sein sollte. Von einer Gleichmäßigkeit kann jetzt überhaupt nicht mehr die Rede sein, erstens, weil man die verschiedenen Werthverhältnisse des Geldes in den verschiedenen Landestheilen nicht berücksichtigt, und dann, weil man nicht gerecht mit der Einschätzung vorgeht. Jedem ist bekannt, daß 400 Mk. in den östlichen Provinzen einen größeren Werth repräsentiren, als 600 Mk. in den westlichen und in Berlin; trotzdem ist in Preußen die Hälfte, in Posen und Schlesien ein Drittel der Bevölkerung überhaupt frei, in den westlichen Provinzen und Berlin dagegen nur 10–15 Prozent. Die Arbeiterbevölkerung wird hierbei von dem Steuerdruck am meisten getroffen, wie dies die Anzahl der Exekutionen, und besonders derer, welche fruchtlos ausfallen, nachweisen. Im Jahre 1875 sind in der ersten Klasse 239,330 Exekutionen vollstreckt und davon fruchtlos ausgefallen 124,196, und was das heißt, weiß Jeder, denn so lange der Zensit überhaupt einen Stuhl im Zimmer hat, ist die Exekution nicht fruchtlos. (Oho! links.) In der zweiten Klasse sind vollstreckt 97,516 und fruchtlos ausgefallen 27,909; überhaupt vollstreckt 403,456 und fruchtlos gewesen 161,531. Bei solchen Zahlen kann man sich nicht über die Unzufriedenheit der Bevölkerung und die Vermehrung der Sozialdemokraten wundern. Auch wenn man die jetzt wieder eingetretene Vermehrung der Steuern ansieht, so werden die westlichen Provinzen wieder ganz unverhältnißmäßig, und in diesen die Arbeiterklassen am schwersten betroffen. Eine merkwürdige Thatsache ist mir ferner noch aufgefallen, daß die Anzahl der Steuerbefreiten in Posen von 44 auf 35, in Bromberg von 45 auf 36 Prozent herabgesunken ist, ein Beweis, wie man die Steuerschraube anzieht. Der Abg. v. Rauchhaupt berief sich gestern auf die Sparkassen, wenn man sich diese aber näher ansieht, so geben diese kein erfreuliches Bild. Während in den Jahren 1872–1875 eine Steigerung, wenn auch in abnehmender Linie zu bemerken war, sind die Einlagen im Jahre 1876 stehen geblieben. Die kölner Sparkasse liefert in dieser Beziehung ein sehr gutes Beispiell, da besonders hier die Arbeiter betheiligt sind. Im Jahre 1872–1873 betrug die Vermehrung der Einlagen 850,000 Thlr., 1873 bis 1874 202,000, schon 1874–75 nur 132,000 und 1875–76 sind die Einlagen ungefähr dieselben geblieben. Wenn man dazu noch die überall stattfindenden zahlreichen Arbeiterentlassungen berücksichtigt, so wird man sich hieraus selbst ein Bild machen können. Dem gegenüber ist aber wiederum das Faktum zu konstatiren, daß die Steuer in diesem Jahre um 1 Million Mark erhöht ist. Nun sagt der Abgeordnete Rickert, daß ja die Einschätzung durch Gemeinde-Kommissionen vorgenommen würde; dieselben sind aber aus der Wahl nach dem Dreiklassensystem hervorgegangen, und hieraus kann kann ich mir alles erklären. Ich habe sogar in Dülken, wo man illegaler Weise die Wahl der Einschätzungs-Kommission bereits im Dezember, statt im Januar vorgenommen hat, bevor die neue Gemeindevertretung in Funktion trat, gefunden, daß die liberalen Bürger weniger scharf eingeschätzt werden, wie die übrigen. Es ist interessant zu sehen, wie die einzelnen Provinzen an der Steuererhöhung partizipiren, nämlich die Rheinprovinz mit 44 Prozent; Schlesien ungefähr mit ebensoviel, hierbei aber der Regierungsbezirk Oppeln, wo der Gendarm bei Gelegenheit der Oppositionswahlen erklärte, man werde schon bei der Steuereinschätzung daran denken, mit 70 Prozent (Hört! Hört! im Zentrum); Sachsen mit 35, Pommern und Hannover mit 30, Preußen mit 28, Posen mit 21 und Schleswig-Holstein mit 6 Prozent. Diese Zahlen geben viel zu denken. Es ist ja auch sehr erklärlich, daß sich die herrschende Partei nicht das Recht aus den Händen nehmen läßt, die Kommissionen mit ihren Anhängern zu besetzen. Hierzu kommt noch, daß das Material von den Organen der Staatsregierung herbeigeschafft wird, von dem Vorsitzenden der Kommission, für den das Vermögen einzelner Bürger mit wahrer Virtuosität ausgespürt wird, während man bei anderen blind auf beiden Augen ist. Wenn wir dahin gelangen, daß die Gesammtzahl der Zensiten in geheimer und allgemeiner Abstimmung ihre Kommission wählt, dann werden wir auch andere Männer bekomme,n welche mehr geeignet sind, den Organen der Regierung entgegenzutreten und der weiteren Anziehung der Steuerschraube Halt zu gebieten.

Regierungskommissar Geheimer Ober-Finanzrath Rhode: Es kann der Regierung nur angenehm sein, daß das Haus sich eingehend mit dieser Sache beschäftigt, und sie hat ja diesem Bestreben selbst Rechnung getragen, indem sie Ihnen die vorliegende Uebersicht zugehen ließ. Wünschen muß sie aber, daß eine unparteiische Prüfung der Sache eintritt, und sie wird dann gern bereit sein, jede Auskunft zu geben. Der Vorredner hat dagegen diese Uebersicht zu Angriffen auf die Regierung benutzt, die ich als durchaus ungerechtfertigt bezeichnen muß. Auf die vorgebrachte Kritik des Systems im Allgemeinen will ich nicht eingehen; es hat ja natürlich wie alles Menschenwerk seine Mängel, aber anerkennen muß man jedenfalls, daß es nach Möglichkeit den Anforderungen entspricht, welche an eine Vertheilung der öffentlichen Lasten gestellt werden können. Daß natürlich keine völlige Gleichmäßigkeit erzielt werden kann, weder für die einzelnen Provinzen, noch für die einzelnen Zensiten, ist wohl klar, und so sanguinisch war bisher noch keiner, um solche Forderungen zu stellen. Im Einzelnen hat sich der Redner über die Erhöhung der Steuern um 900,000 Mark für das Jahr 1876 beklagt, er hat hierbei aber den Zuwachs der Bevölkerung ganz außer Acht gelassen. Wenn man diesen mit in Betracht zieht, so wird man jene Steigerung nur als normal bezeichnen können. Auch das Uebertreten vieler Personen in die Einkommensteuer ist gestern gerügt worden, trotzdem weisen aber die Zahlen in den letzten Jahren in dieser Beziehung relativ eine stete Verminderung nach. 1874 betrug die Zahl der aus der Klassen- und die Einkommensteuer Uebertretenden 16,272 Personen, 1875 10,940, 1876 dagegen nur 6600. Auch die Anzahl der Exekutionen, über welche sich der Abg. Röckerath vorher so sehr beklagte, hat sich seit 1871 stetig vermindert. In jenem Jahre betrug dieselbe 735,850, 1875 nur 403,456, also eine Verminderung von 332,414 oder 45 pCt. Die Zahl der fruchtlosen Exekutionen betrug 1871 418,326, 1875 nur 161,531, also eine Verminderung um 256,795 oder 61 Proz. Nimmt man die 6 östlichen Provinzen allein, so stellt sich das Verhältniß noch günstiger. 1871 betrugen hier die Exekutionen überhaupt 273,469, 1875 nur 59,863, also eine Verminderung um 213,606 oder 78 Proz. Die Zahl der fruchtlosen Exekutionen war für jene Provinzen 1871 166,822, 1875 nur 27,600, also eine Verminderung um 139,222 oder 83 Proz. Hieraus geht hervor, daß derjenige Theil der Bevölkerung, welcher der Erleichterung am meisten bedurfte, die Arbeiter in den östlichen Provinzen, sich gewiß nicht beklagen können. Der Prozentsatz der Steuerbefreiung ist heruntergegangen; 1874 betrug dieselbe 29 Proz., 1875 26,86 Proz., 1876 nur 25,65. Ich will dabei gern zugeben, daß die Kommissionen sich noch nicht überall auf der Höhe befinden, um stets eine richtige Schätzung der Arbeiterverhältnisse in den östlichen Provinzen eintreten zu lassen, daß sie sich aber von ihren Vorsitzenden irgendwie in der Weise beeinflussen ließen, um Erhöhung der Steuern herbeizuführen, ist thatsächlich unrichtig, denn meistentheils leisten die Mitglieder sogar berechtigten Forderungen Widerstand, und es liegt ja auch gar nicht in der Tendenz der Staatsregierung, eine Erhöhung eintreten zu lassen. Ich kann nur sagen, daß die Kommissionen im Allgemeinen ihre Pflicht redlich gethan haben, und verzichte darauf, auf die Vorwürfe des Abg. Röckerath nach dieser Seite einzugehen. Den Antrag Rickert auf Verweisung und genaue Prüfung der Vorlage durch die Kommission kann die Regierung nur dankbar akzeptiren und wird gern bereit sein, jede gewünschte Auskunft zu ertheilen (Beifall).

Abg. Nasse: Die Klagen des Vorredners über die Zusammensetzung der Einschätzungskommissionen kann ich in keiner Weise theilen. Wenn diesen Kommissionen etwas fehlt, so ist es das Material, welches die Selbsteinschätzung zu gewähren im Stande ist. Die Folge davon ist nicht, daß bei uns zu hoch eingeschätzt wird, sondern, daß im Großen und Ganzen die Einschätzungen zur Einkommensteuer bei uns weit hinter dem wirklichen Betrage zurückbleiben. (Sehr richtig.) In den letzten Jahren ist in unserem Nachbarlande, dem Königreiche Sachsen, eine Einkommensteuer auf Grund der Selbsteinschätzung bis auf die unterste Stufe eingeführt worden. Ich habe berechnet, wie viel auf den Kopf der Bevölkerung an Einkommensteuer kommt, wenn man die sämmtlichen sächsischen Einschätzungen und ebenso unsere preußischen Einschätzungen zur Klassensteuer addirt und wenn die bei uns Steuerbefreiten 25 pCt., die also gar keine Klassensteuer bezahlen, per Kopf zu einem Einkommen von 60 Thalern, was viel zu hoch ist, mit in Betracht gezogen werden. Alsdann kommt in Sachsen auf den Kopf der Bevölkerung etwas unter 400 Mark, in Preußen dagegen nur 243 Mk. (Hört!) Nun mag allerdings Sachsen im Durchschnitt etwas wohlhabender sein, als Preußen; aber so kolossal kann doch der Unterschied unmöglich sein. Ich habe z. B. Sachsen verglichen mit einem der wohlhabendsten Bezirke Preußens, mit dem Regierungsbezirk Düsseldorf, und auch da kommt nach den gegenwärtigen Einschätzungen auf den Kopf der Bevölkerung ein jährliches Einkommen von nur 283 Mark, in Sachsen dagegen durchschnittlich 400 Mark; das ist doch in der That ein ganz unglaublicher Unterschied. Ich könnte noch weiter gehen und z. B. England anführen, wo nahezu ein acht Mal so hohes Einkommen eingeschätzt wird, als bei uns. Ich kann nun allerdings in keiner Weise verkennen, daß die jetzige Steuerreform, welche die direkte Personalsteuer bis in die untersten Schichten der Bevölkerung hinein bis zu den Tagelöhnern und Dienstboten einführt, mit Unzuträglichkeiten und Härten verbunden ist, die mit der Zeit immer lästiger und drückender werden. Meines Erachtens kann die Entwickelung nur dazu führen, diese unteren Stufen vollständig von der direkten Besteuerung frei zu lassen und mit der Abgrenzung des Anfangs der direkten Besteuerung etwa bei einem Einkommen von 400–500 Thaler zu beginnen, dann aber allmälig die Progression steigen zu lassen und erst bei 2500 oder 3000 Thaler den höchsten Prozentsatz anzuwenden. Die Besteuerung der unteren Klassen aber, die auf keine Weise steuerfrei bleiben dürfen, kann nur geschehen durch eine Erhöhung der indirekten Steuern. Insbesondere bieten sich hier Zucker, Taback und spirituöse Getränke als wirksame und zweckmäßige Besteuerungsobjekte dar.

Abg. v. Meyer-Arnswalde: Ich kann die Klagen über das zu feste Anziehen der Steuerschraube, die hier laut geworden sind, als gerechtfertigt nicht anerkennen. Wenn ein Steuerdruck bei diesen Staatssteuern lebhaft empfunden wird, so kommt es meist daher, daß die Censiten in der Regel ihre Kommunalsteuer zu diesen Steuern hinzurechnen. Die Leute unterscheiden eben nicht zwischen Staats- und Kommunalsteuern. Dazu kommt dann noch der Umstand, daß das Prinzip, wonach die Kommunalsteuern erhoben werden, ein höchst ungerechtes genannt werden muß, so daß der § 10 der Kreisordnung, auf dem dasselbe beruht, einer Abänderung dringend bedarf. Man sagt, von 420 Mark, dem Einkommen der untersten Steuerstufe, könne eine Familie eigentlich garnicht leben. Das ist aber ganz und garnicht wahr. Mit 420 Mark kann eine Familie sehr wohl leben und auskommen. (Heiterkeit.) Ein Beweis für diese Behauptung ist für mich z. B. die große Menge verheiratheter Invaliden, die mit Einrechnung ihrer Pension 8 bis 9 Thaler monatlich haben und damit ihre Familien ganz gut und mit einer zum Theil rührenden Sorgfalt ernähren. Es haben diese Leute dann noch den großen Vorzug daß sie bei diesem Leben weniger auf Abwege gerathen können und den Versuchungen nicht so ausgesetzt sind. (Gelächter.) Ein fernerer Beweis für meine Behauptung ist die erfahrungsmäßige Thatsache, daß eine kleine Familie auf dem Lande für 420 Mark jährlich sehr wohl in Pension zu bringen ist und ganz gut leben kann. Schließlich kann ich indeß dem Vorredner nur darin vollkommen zustimmen, daß dii direkten Steuern für die unterste Stufe entschieden aufzuheben und durch Erhöhung der indirekten Seuern zu ersetzen sind.

Abg. Jansen: Ich muß gegen die Darstellung, welche der Abg. Röckerath von der Zusammensetzung und der Thätigkeit der Einschätzungskommission zu Dülken gegeben hat, entschieden protestiren. Ich selbst bin Mitglied dieser Einschätzungskommission gewesen und dieselbe hat in der unparteiischsten Weise ihr Amt ausgeübt. Der Abg. v. Röckerath scheint seine Informationen aus Kreisen gewonnen zu haben, die auf die Zersetzung aller bürgerlichen und staatlichen Verhältnisse hinarbeitet. Auch in Betreff der Arbeiternoth am Rhein ist der Abg. Röckerath schlecht unterrichtet. Dieselbe ist keineswegs so groß, wie sie hier geschildert wurde. Man könnte viel eher von einer Noth der Fabrikanten reden; aber auch diese wird hoffentlich nur eine vorübergehende sein.

Nachdem sich Abg. Röckerath gegen die Behauptung, daß er unzureichend informirt sei, mit Entschiedenheit verwahrt hat, wird die Debatte geschlossen und die Vorlage der Budgetkommission überwiesen.

Darauf werden der Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes vom 19. Dezember 1869, betreffend die Konsolidation preußischer Staatsanleihen und der Nachweis über die Verwendung des im Etat der Eisenbahnverwaltung pro 1875 unter Titel 78 der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben ausgesetzten Dispositionsfonds von 900,000 M. der Budgetkommission überwiesen; die Gesetzentwürfe, betreffend die anzufertigenden und zum Verkauf zu stellenden Stempelsorten, betreffend die Verpflichtung zum Halten der Gesetzsammlung und des Amtsblattes im Kreise Herzogthum Lauenburg und betreffend die Einstellung der Erhebung der Meßabgabe in Frankfurt a. O. werden in erster und zweiter Berathung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfes betreffend eine anderweite Einrichtung des Zeughauses zu Berlin.

Abg. von Gerlach (gegen die Vorlage): Ich bin ein Preuße durch und durch, ich bin ein Berliner, ich habe mein Leben im königl. Dienste, im Zivil- und Militärdienste, zugebracht; ich habe in der Armee fortwährend hohe Gönner, intime Freunde und Verwandte gehabt; als junger Mann habe ich selbst der Armee angehört und drei Feldzüge mitgemacht, Siege und Niederlagen derselben erlebt. Für Alles, was die Armee ehrt und ihre Thaten zum Ausdruck bringt, fühle ich also gewiß lebhafte Sympathie und habe gegen die Tendenz der Vorlage nichts einzuwenden. Auch der Geldpunkt würde mich von diesem Gefühle nicht abwendig machen. Sparen ist ein gutes Ding, aber nicht auf Kosten der Ehre der Armee, die ja zugleich die Ehre des Königs und des Vaterlandes ist. Wenn ich mich dennoch gegen die Vorlage erkläre, so beruht das darauf, daß ich überzeugt bin, der jetzige Zeitpunkt sei nicht der richtige für ein Rühmen der Armee und damit unserer selbst. Die Stimmung, in welcher wir uns jetzt befinden sollten, ist nicht die nationalen Rühmens, sondern die nationaler Trauer und Buße. (Heiterkeit.) Wir sind mitten in einer Religionsverfolgung, (lebhafter Widerspruch und Zustimmung) von einer in Preußen bisher unerhörten Heftigkeit; es geht ein schlimmer Riß durch das ganze Vaterland, wie er seit 2½ Jahrhunderten nicht vorgekommen ist. Dieser Riß geht durch die Schule, Familie, Gemeinde, Provinzen und, wie wir täglich sehen, auch durch dieses Haus. Unzählige Priester und Ordensleute männlichen und weiblichen Geschlechts (Heiterkeit), untadelige Männer und Jungfrauen sind aus ihrer nützlichen und heilsamen und uns sehr nothwendigen Thätigkeit herausgerissen. (Rufe: Zeughaus! zur Sache!) Die evangeliche Kirche ist schwer geschädigt; die Zivilehe, die vom Reichskanzler selbst in früherer Zeit mit kräftigen Worten verurtheilt ist, hat Tausenden von Ehen ihre Weihe entzogen. (Große Unruhe. Ruf: zur Sache!)

Präsident v. Bennigsen: Ich habe dem Redner sehr weite Ausführungen gestattet; aber ich glaube doch, er kann bei diesem Gegenstande auf so weitliegende Verhältnisse nur im Allgemeinen hinweisen; eine so detaillirte Ausführung gehört wohl kaum zu diesem Gesetze.

Abg. v. Gerlach: Ich kann in dieser Ansicht dem Herrn Präsidenten nicht widersprechen, muß aber doch bemerken, daß die Frage, was detaillirt ist und was nicht, sehr schwankend ist. (Heiterkeit.) Das deutsche Reich ist einig geworden, aber wodurch? Durch Abreißen eines Viertheils von Deutschland, durch Absetzung deutscher Fürsten, die unserm Kaiserhause ebenbürtig und blutsverwandt sind. Wenn das nicht eine Veranlassung zu nationaler Trauer sein soll, so weiß ich es nicht. (Bewegung.) Wenn ich vom altpreußischen Standpunkte aus — (Ruf: Es giebt hier keine Altpreußen!.) Ich denke doch, es giebt Altpreußen, nämlich die, welche Preußen schon vor der Annexion waren, während diejenigen, welche es erst durch die Annexion geworden, Neupreußen sind. In welche Stimmung würden die Altpreußen versetzt sein, wenn sie anstatt zu annektiren annektirt worden wären und man brächte ihnen eine solche Vorlage. Ich entsinne mich recht wohl des tiefen Schmerzes, den alle ehrlichen Preußen empfanden, als der König in einen Winkel Preußens zurückgedrängt war und in Berlin eine mit französischem Gelde bezahlte Zeitung erschien, welche sich ein Geschäft daraus machte, die Königin Luise, die uns durch ihr Unglück noch theurer geworden war, zu schmähen. Ich glaube, daß ich im Sinne des größten und besten Theiles der Armee votire, wenn ich gegen das Gesetz stimme. (Widerspruch). Wir können uns über die Siege unserer Armee im Jahre 1870 nur freuen, aber stehen sie denn nicht im engsten Zusammenhange mit der heutigen Politik der Regierung? (Heiterkeit.) Wir müssen die Gefühle der Annektirten, deren Berechtigung wir Alle anerkennen, schonen, und werden damit der Armee nicht nur nicht entgegengetreten, sondern in ihrem Sinne handeln, indem wir uns vor der Erregung widriger Gefühle gegen Preußen bewahren. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Windthorst (Bielefeld): Daß der vorliegende Gesetzentwurf zu einer Inszenirung des Kulturkampfes Veranlassung geben würde, hat wohl außer dem geehrten Herrn, der uns diese Ueberraschung bereitet hat, Niemand geahnt. (Sehr richtig!) Einwendungen sachlicher Natur hat der Vorredner nicht gemacht, und ich

glaube mir den Dank des Hauses zu verdienen, wenn ich auf seine anderen Ausführungen nicht eingehe. Die Vorlage hat nun eine Gestaltung bekommen, in welcher prinzipielle Gründe derselben nicht mehr entgegenstehen. (Oho! im Zentrum) Es kann wohl kaum etwas dagegen erinnert werden, wenn die Denkmale einer ruhmvollen und abgeschlossenen Vergangenheit der Nachwelt gesammelt und in übersichtlicher Ordnung Jedermann zugänglich gemacht werden sollen; auch glaube ich kaum, daß gegen die Wahl des Zeughauses etwas erhebliches eingewendet werden kann. Ich kann aber trotzdem die zweite Berathung im Plenum nicht empfehlen und beantrage die Verweisung an die Budgetkommission aus Gründen finanzieller Natur; denn wir müssen die Pläne und Kostenanschläge genau prüfen und besonders das Rechtsverhältniß Preußens zum deutschen Reich hinsichtlich des Zeughauses prüfen. Die im Gesetz-Entwurf beantragte Abstandssumme scheint mir nicht zu hoch gegriffen zu sein. Besonders aber wird die Budgetkommission den Schlußpassus der Motive ins Auge fassen müssen, wonach unser Etat mit einer Mehrbelastung von jährlich 180,000 Mark für Unterhaltung des Gebäudes und der Sammlung bedacht werden soll.

Abg. Biesenbach: Ich will die Vorlage nur mit einem Grunde bekämpfen, nämlich mit der augenblicklichen wirthschaftlichen Lage des Landes, welche uns die Nothwendigkeit auferlegt, unsere Ausgaben nach Möglichkeit einzuschränken. Als in der vorigen Legislaturperiode die Vorlage an eine Kommission verwiesen wurde, geschah dies in der stillschweigenden Voraussetzung, daß sie dort begraben bleiben solle und um dadurch die Regierung zu veranlassen, die Durchführung bis zu einer finanziell besseren Zeit aufzuschieben. Im Lande wurde unsere Ansicht getheilt und kein tadelndes Wort ist über dieselbe laut geworden Wenn diese Vorlage jetzt wieder eingebracht ist, so kann das nur sein, weil die Regierung der Meinung ist, daß die finanzielle Lage des Landes sich gebessert habe und zu unserem Erstaunen haben wir neulich vom Finanzminister eine solche Meinung gehört. Obwohl ich zur Opposition gehöre, so bin ich doch nicht Pessimist und stimme nicht unbedingt in die Lamentationen über unsere finanzielle Lage ein, aber ich glaube, wenn sich die Regierung einem verderblichen Optimismus hingiebt, dann ist es Pflicht der Volksvertreter, die Lage des Landes offen hinzustellen. Von Vielen, insbesondere von dem Abg. Rickert, wird das Vorhandensein einer wirthschaftlichen Kalamität geleugnet und noch weit mehr, daß von derselben kein Ende abzusehen sei. Denen möchte ich die Frage zurufen, ob sie nicht die Berichte der Handelskammern, nicht die Erklärungen der Aktien-Gesellschaften, nicht die tagtäglichen Klagen in den Zeitungen gelesen haben. Ich möchte ihnen namentlich den letzten Bericht der Direktion der Köln-Mindener Eisenbahn in dieser Hinsicht zur Lektüre empfehlen. Möge mir der Abg Rickert doch auch nur einen Zweig der Industrie nennen, dessen Verhältnisse sich gebessert haben; ich behaupte, daß dies bei keiner Branche der Fall ist. Ich wohne in einem der industriellen Bezirke des Staates, in Düsseldorf, und kann aus eigener Erfahrung sagen, daß die Noth im Lande groß ist, daß wir uns den Dank des Landes erwerben werden, wenn wir augenblicklich gegen die Vorlage stimmen. Die Prozesse bei den Handelsgerichten wachsen stets und das einzige Geschäft, welches jetzt florirt, ist das des Gerichtshäschers. Wenn die Fallimente sich nicht allzusehr häufen, so kommt das daher, weil die Rechtsanwälte stillschweigend über ein Moratorium übereingekommen sind und auch mit der kleinsten Abschlagszahlung fürlieb nehmen. Der Schlag, welcher die Schwindelspekulation getroffen hat, beginnt sich bereits auf die solide Privat-Industrie auszudehnen. Der jetzige Moment ist also der allerungünstigste, der zur Einbringung dieser Vorlage gewählt werden konnte. Prüfen Sie in der Kommission die von mir vorgebrachten Momente und Sie werden mit uns zur Ablehnung der Vorlage kommen.

Abg. Wehrenpfennig: Ich bin gewiß, daß der Vorredner kein Zuckerfabrikant ist (Heiterkeit), denn sonst würde er nicht behauptet haben, daß es gar keinen Industriezweig gebe, der nicht augenblicklich darniederliegt. Ich gebe gern zu, daß die Lage der Industrie im Allgemeinen viel zu wünschen übrig läßt, daß aber die Lage der Staatsfinanzen ebenfalls eine schwarze sei, wird der Vorredner nicht behaupten wollen War denn Preußen wirklich in den paar Jahrzehnten nach den Freiheitskriegen reicher wie heute? waren die Volks- und wirthschaftlichen Zustände besser als heute? Wer von dem preußischen Volke hat denn opponirt, als König Friedrich Wilhelm III. seinen Generälen, den Helden der Freiheitskriege, die Standbilder unter den Linden am Opernplatze errichtete, die Standbilder, an deren Anblick unsere Jugend heute noch sich aufrichtet zu den besten Gedanken. (Widerspruch im Zentrum). Sie vielleicht nicht, meine Herren, aber dann stehen Sie sehr allein im preußischen Volke (Unruhe im Zentrum) — wer hat denn damals etwa gesagt: die wirthschaftliche Noth des Volkes ist zu groß, wir können keine Standbilder für Gneisenau, Blücher 2c. errichten. So dürftig gesinnt, meine Herren, ist das preußische Volk nicht. Mögen Sie doch andere Gründe vorbringen und die Sache an sich bekämpfen; aber, wenn es sich Statuen für unsere Könige oder um Restaurirung eines der glänzendsten Bauwerke, die wir in Preußen besitzen, um Wiederherstellung des Bauwerks des alten Schlüter handelt, dann finden Sie im preußischen Volke keinen Boden für das Motiv, daß wir zu arm wären, um so etwas herzustellen. (Oho!) Es ist in neuerer Zeit Mode geworden zu fragen: sind wir denn in den letzten 20 Jahren eigentlich so vorwärts gekommen? Bleiben wir nicht immer mehr zurück? Mehr und mehr, sagt man, bemächtigt sich unserer die Reaktion, welch letztere ich in manchen Symptomen allerdings auch erkenne Nun, meine Herren, wenn Sie deutlich und klar sehen wollen, wie viel wir weiter gekommen sind in den letzten 20—25 Jahren, dann müssen Sie mit Aufmerksamkeit solch eine Rede wie die des Abg. Gerlach verfolgen. (Sehr wahr! links.) Er war einer der Führer der Majorität im preußischen Abgeordnetenhause vor 20 Jahren, in der sogen. Landrathskammer, er vertrat die damals in der Regierung herrschende Idee der Herrschaft der Kirche, der protestantischen und der katholischen Hierarchie über den Staat und er hat mit seinen Freunden ein Jahrzehnt lang — das traurigste Jahrzehnt, welches Preußen gehabt hat (Große Unruhe rechts) — daran gearbeitet, daß diese Tyrannei der Hierarchie über die Rechte der freien Bürger und über die Rechte des Staates aufgerichtet wurde, was niemals vorher in einem Staate Europa's geschehen war. Nun denken Sie, wenn dieser Herr heute auf die Tribüne tritt, bei aller Ehrfurcht vor seinem weißen Haar, — wer von Ihnen weiß nicht, daß wir ihn wie eine Antiquität verehren. (Heiterkeit und Unruhe.) Keine seiner Ideen hat irgend einen Boden mehr, kein wirklich preußischer Konservativer wird mit ihm sagen, daß wir Buße thun sollen in Sack und Asche, weil wir endlich die nationale Einheit erlangt haben, wenn auch unter dem Sinken einzelner Fürstenthrone, die sich dieser nationalen Einheit entgegenstemmten und die in gerechtem Kriege niedergeworfen sind (Widerspruch). Kein Konservativer wird das sagen, und so hat sich dieser Herr auch nicht auf die Rechte setzen können, sondern ist als Appendix in das Zentrum gesetzt (Heiterkeit). Freilich, von Zeit zu Zeit hör' ich den Alten gern (Heiterkeit) — denn er zeigt mir, was wir in den 25 Jahren vorwärts gebracht und um wie viel Tausend Meilen damals die Männer rückwärts standen; eben da steht Herr v. Gerlach heute noch. Dem Abg. Biesenbach bestreite ich es, daß die Kommission im vorigen Jahre die Absicht gehabt hat, die Vorlage zu vergraben; sie hat sich mit der Regierung lediglich in sachlichen Differenzen befunden, von denen ein Theil durch die jetzige Vorlage beseitigt ist, und außerdem war die Vorlage zu kurz vor dem Schluß der Session eingebracht worden. Ich wünsche sehr eine Verständigung mit der Regierung, denn einmal ist der finanzielle Betrag von 6 auf 4 Millionen Mark ermäßigt worden und zweitens hat man mehr den Gedanken als Kern hervorgekehrt, daß das alte Meisterwerk Schlüters restaurirt und einem würdigen Zweck übergeben werden solle. Diese Restauration ist doch wirklich nöthig, denn das Zeughaus befindet sich — wie Jeder, der es kennt, bestätigen muß — in der traurigsten Verfassung. Ein Punkt, worüber man streiten könnte, war der, ob nicht das schöne Werk Schlüters durch die Kuppel, welche im hinteren Flügel errichtet werden sollte, verunstaltet und verschlechtert werde; ebenso in Bezug auf die Statuen unserer Fürsten und Feldherren. Auch in diesem Punkte ist die Vorlage eine bedeutend andere geworden; sie will nicht mehr 3,000,000 Mk., sondern nur 1,500,000 Mk. für diese Statuen und die künstlerische Ausschmückung verwenden. Ich schließe mich ganz dem Abg. Windthorst (Bielefeld) an, diese Vorlage, wie jede Finanzvorlage an die Budgetkommission zu verweisen. Ich bin der Ueberzeugung, daß das preußische Volk in seiner großen Majorität trotz des wirthschaftlichen Nothstandes und trotzdem, daß der innere Frieden bei uns zu unserm Bedauern und ohne unsere Schuld (Widerspruch im Zentrum) noch nicht wieder hergestellt ist, es keinesfalls übelnehmen wird, wenn das Zeughaus ausgebaut wird zu einer würdigen Stätte preußischer Waffen, woran das Bewußtsein nicht blos des preußischen, sondern des deutschen Volkes sich fort und fort erstarken und erheben möge. (Beifall).

Abg. Windthorst (Meppen): Ich bin hierher gekommen in der Absicht, vollständiges Schweigen über diese Vorlage zu bewahren, denn ich begreife die Gefühle der Abgeordneten aus den altpreußischen Provinzen, und so lange man aus diesen Gefühlen nicht heraustrat, bin ich meinem Vorsatze treu geblieben. Nachdem aber der Abg. Wehrenpfennig dieses Maß überschritten hat, wäre ein Schweigen meinerseits ein Verleugnen meiner ganzen Vergangenheit. Die preußische Armee ist eine der großartigsten und ehrenwerthesten, die ich kenne, wir verdanken ihr die ruhmvollen Siege von 1870. Wollen Sie aus dieser Periode Sammlungen veranstalten, so werde ich Sie unterstützen; wollen Sie aber jede Periode der Entwickelung Preußens verherrlichen, dann kann ich nicht mit Ihnen gehen. Der Abg. Wehrenpfennig hat gesagt, daß die durch den Krieg von 1866 depossedirten deutschen Fürsten der nationalen Einigung widerstrebt hätten und daß sie niedergeworfen wären in gerechtem Kriege. Beide Thatsachen sind falsch (Widerspruch). Die depossedirten Fürsten haben nie widerstrebt einer nationalen Einigung auf Grund der bestehenden Verträge, wohl aber einer Einigung, welche basirt ist auf der Zerreißung der Verträge. Ueber die Gerechtigkeit des Krieges von 1866 wird die Geschichte urtheilen; ich halte ihn für einen ungerechten Bruderkrieg (Widerspruch). Zu einer Verherrlichung dieses Krieges bewillige ich nichts, und schon darin, daß man uns das zumuthet, liegt ein Mangel an billiger Rücksicht. Ich bedaure, daß in Folge der Provokation des Abg Wehrenpfennig die Gegensätze klar ausgesprochen werden mußten. Hätte ich nicht einer Verherrlichung des Krieges von 1866 widersprochen, so würde das heißen, die Ketten küssen, die man mir auferlegt. Deshalb stimme ich gegen die Vorlage offen und frei, und ich bin überzeugt, daß in der preußischen Armee soviel Patriotismus und Ehrensinn herrscht, daß sie meine Gefühle billigen wird. (Beifall im Zentrum.) Einer Berathung in der Kommission will ich nicht widersprechen, weil ich in dieser ganzen Angelegenheit eine mehr passive Stellung einnehme. Es ist interessant, daß wir aus dem Munde des Abg. Wehrenpfennig vernommen haben, eine jede Finanzvorlage müsse in der Budgetkommission gründlich geprüft werden; daraus folgt, daß der Etat eine solche Vorlage nicht ist. (Widerspruch.) Wenn der Vorredner versucht, einen Unterschied zwischen dieser Vorlage und der vorjährigen zu konstatiren, so ist das eine selbstgeschaffene Illusion; nur die Benennungen sind stellenweise geändert, und man geht dieses Mal schritt[illegible]e anstatt, wie voriges Mal, im Ganzen vor. Dieses ist [illegible] die er[illegible]te Rate, die anderen kommen nach. Der Abg. W[illegible]th[illegible]rst (Bielefeld hat als Vertreter der Fortschrittspartei sich mi[illegible] der Vorlage scho[illegible] einverstanden erklärt aus Gründen, welche ich ni[illegible]t recht ver[illegible], wenn ich sie mit der vorjährigen Haltung seiner P[illegible]rtei [illegible]ergleiche. Es genügt mir, diese merkwürdige Wendung konsta[illegible] zu haben (Heiterkeit), und wenn mehr derartige Wendungen folgen, so wird die Fortschrittspartei keine Ursache haben, der nationalliberalen oder Regierungspartei (Bewegung) Vorwürfe über abgeschlossene Kompromisse zu machen. Ich gratulire ihr zu diesem Fortschritt. (Heiterkeit). Der Abgeordnete für Bielefeld hat selbst die Bedenklichkeit hervorgehoben, daß von jetzt an Ausgaben für diese Ruhmeshalle budgetmäßig gemacht werden sollen. Das wird wohl auch geschehen mit dem Kaufpreis für die Gegenstände, welche in der Ruhmeshalle aufgestellt werden sollen, denn für diese sind in der Vorlage nur geringe, fast gar keine Mittel beansprucht Man wird doch diese Gegenstände den jetzigen Eigenthümern nicht ohne Weiteres wegnehmen, und namentlich wird man doch den annektirten Provinzen ihre historischen Denkmale lassen. Wenigstens hoffe ich, daß der hannoversche Provinziallandtag, an dessen Spitze unser verehrter Präsident steht, niemals seine Einwilligung dazu geben wird, daß die Denkmale der hannoverschen Geschichte hier hergebracht werden. Der Augenblick zur Einbringung dieser Vorlage ist so unglücklich wie möglich gewählt, sie wäre besser jetzt nicht gemacht. So lange ein Arbeiter hungert — und es hungern jetzt viele — bewillige ich keinen Groschen zu Luxusausgaben, wie dieses eine ist. (Beifall im Zentrum: Zischen rechts und links.)

Die Diskussion wird geschlossen. Persönlich verwahrt sich der Abg Rickert gegen die Behauptung des Abg. Biesenbach, daß er eine wirthschaftliche Kalamität in Abrede gestellt habe. Er habe wiederholt in seiner Rede darauf hingewiesen und nur den verhältnißmäßig günstigen Standpunkt der preußischen Staatsfinanzen hervorgehoben und daraus gefolgert, daß auch Hoffnung auf baldige Beseitigung der wirthschaftlichen Kalamität vorhanden sei — Abgeordneter Wehrenpfennig verwahrt sich gegen die Behauptung des Abg. Windthorst (Meppen), daß er die erregte Debatte provozirt habe, das sei von dem intimen Freunde Windthorst's dem Abg. v. Gerlach geschehen. — Abg. v Gerlach erklärt, daß der Abg. Wehrenpfennig seinen früheren Standpunkt zur Regierung und zum Parlament unrichtig dargelegt habe; die Beweise sei er jedem Mitgliede privatim zu liefern bereit. (Heiterkeit.)

Darauf wird die Vorlage an die Budget-Kommission verwiesen. Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Umzugskosten der Staatsbeamten.

Abg. Windthorst (Bielefeld) spricht seine Feude über die Wiedervorlegung dieses wichtigen Gesetzes aus, erklärt aber seine Zustimmung zu demselben nur von der Abänderung zweier Bestimmungen der Vorlage abhängig machen zu können. Dieselben betreffen die von der Regierung verweigerte Vereinigung der 4. und 5. Rangklasse und die Beseitigung des § 5, nach welchem eine Vergütigung für Umzugskosten dann nicht stattfinden soll, wenn die Versetzung lediglich auf den Antrag des Beamten erfolge Das Haus habe bereits im vorigen Jahre sich entschieden für diese Abänderungen ausgesprochen und er hoffe, das neugewählte Haus werde diese Ansicht aufrecht erhalten. Redner befürwortet die weitere Berathung der Vorlage im Plenum.

Reg.-Komm. Geh. Rath Rüdorff weist darauf hin, daß die Regierung in diesem wieder vorgelegten Entwurf bereits vielen Wünschen des vorigen Abgeordnetenhauses entgegengekommen sei, dagegen an den beiden vom Vorredner gerügten Bestimmungen ganz entschieden festhalten müsse. Das Gesetz würde scheitern und die darin den Beamten gewährten Vergünstigungen denselben entzogen bleiben, wenn das Haus diese beiden Bestimmungen verwerfen sollte.

Nachdem sich der Abg. Schröder (Königsberg) den Ausführungen des Abg. Windthorst in Bezug auf die beiden Bestimmungen angeschlossen, beschließt das Haus dem Antrage Windthorst's gemäß die weitere Berathung der Vorlage im Plenum stattfinden zu lassen

Präsident v. Bennigsen macht hierauf dem Hause die Mittheilung, daß die drei Präsidenten des Hauses heute früh bei Seiner Majestät dem Kaiser und Könige in einer Audienz empfangen worden seien, und daß Seine Majestät mit sehr gnädigen und herzlichen Worten das Präsidium beauftragt habe, dem Hause seinen Dank für die Theilnahme an dem Verluste auszudrücken, welchen das Haus Sr. Majestät durch das Ableben J. K. H. der Frau Prinzessin Karl erlitten hat.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch, 24. Januar, 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen, Interpellation Windthorst und Antrag Reichensperger.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, den 21. Januar.

— Ueber die Beisetzungsfeierlichkeit der Leiche der Frau Prinzessin Carl ist nunmehr die Bestimmung dahin getroffen worden, daß dieselbe mit Rücksicht auf die Jahreszeit nicht im Dome, sondern in der Kapelle des hiesigen königlichen Schlosses stattfindet. Die Leiche wird dazu schon in der Nacht vom Sonntag zum Montag aus dem prinzlichen Palais in das königliche Schloß übergeführt, um zunächst im geschlossenen Parade-Sarge am Montag in den Stunden von 12 bis 4 Uhr Nachmittags aufgestellt zu werden. Zutritt dazu erlangt man durch Karten, welche das königliche Hofmarschallamt auf schriftliche Gesuche verausgabt. Dieselbe Aufstellung bleibt für den am Dienstag, um 11 Uhr stattfindenden Trauer-Gottesdienst, zu welchem wegen des beschränkten Raumes keine Eintrittskarten ausgegeben werden, sondern nur Einladungen Seitens des Ober-Ceremonienmeisters Grafen Stillfried erfolgen. Aus dem Schlosse wird die Leiche in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch vorerst in das Schloß zu Charlottenburg übergeführt und später, nach dem letzten Willen der hohen Verblichenen, in der Kirche von Nikolskoy bei Glienicke beigesetzt werden.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 22. Januar.

— **Im naturwissenschaftlichen Verein** wird am nächsten Donnerstag nicht, wie in unserer Sonnabend-Nummer am Schluß des Referats über den vorigen Vortrag irrthümlich gemeldet war, Herr Oberlehrer Dr. Magener, sondern unter Innehaltung des Programms Herr Dr. Theile einen Vortrag über das „Geistesleben der Thiere" halten.

— **Druckfehlerberichtigung.** In dem letzten wöchentlichen Produkten- und Börsenberichte über Spiritus soll es heißen, Zeile 10 und 13: „Unser Lager, welches gegenwärtig 1½ Millionen Liter incl. der Bestände der Spritfabriken beträgt, vergrößert sich nur sehr unbedeutend, so daß das vorjährige Quantum von 3½ Millionen Liter nicht annährend erreicht werden dürfte.

± **Obornik**, 19. Jan. [Propst Nowacki.] Ueber die Einführung des Propstes Nowacki ist bereits berichtet worden. Tumulten war glücklicherweise vorgebeugt worden, weil dieselbe geheim gehalten worden war, jedoch waren für alle Eventualitäten auch mehrere Gensdarmen von außerhalb herbeordert worden. Nur eine kleine am Abend umherziehende Menge, welche aus den untersten Volksschichten bestand, machte ihrem Unmuth in Schimpfworten Luft, sonst war äußerlich keine Aufregung zu bemerken, im Innern gährt es jedoch. Der Organist Kiełczewski, der von der Regierung wohlgefällig gehegt worden, hat sein Amt gleich niedergelegt und ist ihm in Folge dessen die freudige Aussicht eröffnet worden, seine hiesige Lehrerstelle mit der in einer Dorfgemeinde vertauschen zu müssen. Ebenso hat der Kirchendiener gedankt, der auch froh war, diesen Posten kürzlich durch die Absetzung seines Vorgängers wegen der bekannten Weigerung, die Kirche dem Oberpräsidenten aufzuschließen, erhalten zu haben, doch haben sich für beide Posten schon katholische Deutsche von selbst gemeldet und man hört wieder die Glocken erklingen, welche einige Tage geschwiegen hatten. Das Sanktissimum ist noch nachträglich fortgebracht, durch Gensdarmen aber wieder requirirt worden. Die Messe ist noch nicht besucht worden. Der Hauptcoup steht Sonntag, wenn von außerhalb die Landleute zur Kirche kommen, zu erwarten.

g. **Obornik**, 20. Januar. [Propst Nowacki.] In der vom Landrathsamtsverweser am 17. d. Mts. berufenen Sitzung überreichte der Kirchenvorstand, nachdem die Frage seines Vorsitzenden, ob der Herr Nowacki die missio canonica habe, von diesem dahin beantwortet worden war, daß die Erlangung derselben nicht seine Sache, sondern Sache der königl. Regierung, die ihm als Patron die Stelle verliehen habe, sei, einen von sämmtlichen Mitgliedern mit Ausnahme des von der Regierung ernannten Mitgliedes, Rektor Kafflers, unterschriebenen Protest gegen die erfolgte Einführung, da er, sowie sämmtliche Gemeindemitglieder durch den Verkehr mit dem ohne missio canonica eingeführten und dadurch dem Kirchenbann verfallenen Hrn. Nowacki nach der Kirchenbannformel „os, orare, vale, communio, mensa negatur" ebenfalls dem Kirchenbanne verfallen würde. Dem Proteste ist die Bitte an die königl. Regierung beigefügt, einen mit der missio canonica versehenen Priester schicken zu wollen.

g **Obornik**, 21. Januar. [Propst Nowacki.] Am heutigen Sonntag hielt unser neuer Propst, Herr Nowacki, den ersten Gottesdienst in der kath. Kirche ab und alle Diejenigen, welche geglaubt hatten, es werde Niemand in der Kirche erscheinen, sahen sich bitter getäuscht, denn es hatten sich über 500 Andächtige eingefunden und ihre Zahl wäre gewiß eine noch größere gewesen, wenn auch die gewohnten Orgeltöne nicht gefehlt hätten. Hoffentlich wird bis zum nächsten Sonntag ein neuer Organist gefunden sein. Seminarlehrer Kiełczewki in Rawitsch, Bruder des bisherigen Organisten, hat den Herrn Nowacki zu seiner Einführung auf telegraphischem Wege beglückwünscht. Zwei in ihrer Gesinnung feindliche Brüder!

Aus dem Gerichtssaal.

Berlin, 20. Januar. [Prozeß wegen Verläumdung des Fürsten Bismarck.] Der ehemalige Redakteur der eingegangenen Berliner Revue und nunmehrige Redakteur der „Sozial-Politischen Korrespondenz", Dr. Rudolf Meyer, erschien heute auf der Anklagebank der Kriminaldeputation des hiesigen königlichen Kreisgerichts. Den Gerichtshof bildeten: Kreisgerichts-Rath Humbert (Vorsitzender), Stadtgerichts-Rath Badt und Assessor Krüger (Beisitzende). Das öffentliche Ministerium vertrat Staatsanwalt Bertram, die Vertheidigung führte Rechtsanwalt Dr. Quenstedt. Nach der Anklage erschien in der vom Angeklagten redigirten Soz.-pol. Korr. in der Nr. 1 vom 5. Oktober 1876 ein Artikel, der u. A. besagte: Das bedeutendste Ereigniß der letzten Woche ist ein Artikel der jüngsten Nummer der „Deutschen Reichsglocke", worin die Behauptung aufgestellt wird, Fürst v. Bismarck habe sich unter Mißbrauch seiner Amtsgewalt für Beschaffung der Konzession an der Preußischen Central-Bodenkredit-Aktien-Gesellschaft mit 1 Million konsortialiter betheiligen lassen. Fürst Bismarck — so lautete der betreffende Artikel in der sozial-politischen Korrespondenz weiter — ist verpflichtet, nunmehr die Anklage wegen Verläumdung gegen die „Deutsche Reichsglocke zu beantragen, denn ein Antrag wegen einfacher Beleidigung würde ja einem Zugeben der Sache seitens des Fürsten gleichkommen." Auf die Anfrage des Vorsitzenden, was er auf den Inhalt der Anklage zu erwidern habe, entgegnet Dr. Meyer: Ich habe keineswegs die Absicht gehabt, den Fürsten Reichskanzler zu beleidigen. Meine sozialpolitische Korrespondenz erschien in Buchdruck und ist im Preßgesetz, wo nur autographirte und lithographirte Korrespondenzen genannt werden, nicht vorgesehen. Im Uebrigen ist meine Korrespondenz nur Zeitungs-Redaktionen zugegangen, also Männern, die doch wissen, was sie zu thun und zu lassen haben. Sachlich habe ich zu bemerken, daß die Gerüchte, der Fürst Reichskanzler mache mit dem Bankier v. Bleichröder finanzielle Geschäfte, nicht neu sind. In den höheren Gesellschaftsklassen erzählt man sich schon lange davon. Im Sommer des Jahres 1875 kam Herr v. Wedemeyer zu mir und ersuchte mich, über die finanziellen Geschäfte des Fürsten Reichskanzlers für die Kreuzzeitung Artikel zu schreiben. Ich lehnte diese Aufforderung ab. Sehr bald darauf kam auch Herr Dr. Perrot zu mir und fragte mich mit großer Naivetät, ob ich von den finanziellen Geschäften des Fürsten von Bismarck etwas wisse. Ich ertheilte Herrn Dr. Perrot keinen Bescheid und schon wenige Tage nachher erschien in der Neuen Preußischen Zeitung ein Artikel, mit der Ueberschrift: „Aera Bleichröder, Camphausen-Delbrück". Dieser Artikel war sehr sachlich gehalten und ich drückte deßhalb noch an demselben Tage Herrn von Wedemeyer schriftlich meine Zufriedenheit aus Schon am darauf folgenden Tage erschien jedoch in genannter Zeitung eine Fortsetzung dieses Artikels, in dem Fürst Bismarck der Betheiligung an Gründungen geradezu beschuldigt wurde. Ich schrieb sofort wieder an Herrn von

Wedemeyer und warnte ihn, in dieser Weise fortzufahren, da er diese aufgestellten Behauptungen nicht beweisen könne. Ich selbst hatte von einem Verwandten des Fürsten, einem sehr ehrenwürdigem Manne, gehört, daß die gegen den Fürsten verbreiteten Gerüchte unwahr seien. Im Uebrigen bezweifelte ich, daß es gelingen würde, eventuell den Wahrheitsbeweis zu führen. Und selbst wenn es wahr sein sollte, so darf man in einer Zeit, wo die Wogen des Sozialismus so hoch gehen, die Autorität des höchsten Beamten im Staate nicht derartig zu erschüttern suchen. Und daß die Sozialdemokratie den größten Nutzen für ihre Agitation zog und noch zieht, ist zweifellos und leuchtet Jedem ein, der sich um das öffentliche Leben bekümmert. Denn ähnlich dem bezeichneten zweiten Artikel erschienen in der Kreuz-Zeitung fast hintereinanderfolgend eine ganze Serie, ohne daß der Fürst Reichskanzler bis heute den Strafantrag deshalb gestellt hat. Alle sozialdemokratischen Blätter, insbesondere das in Leipzig erscheinende Hauptorgan „der Volksstaat", jetzt „Vorwärts", drucken fast alle diese Artikel mit großem Behagen wörtlich nach und letzteres brachte lange Zeit in jeder Nummer an seiner Spitze die Worte: „ER hat noch noch nicht geklagt." Noch in der letzten Nummer des „Vorwärts" ist ein Artikel mit der Ueberschrift „Herr von Puttkammer„ enthalten, in welchem wiederum der Fürst Reichskanzler der gemeinen Geldspekulationen beschuldigt wird, daß, wenn diese Behauptungen unwiderlegt bleiben, die Sozialdemokratie großes Kapital für sich schlägt, und daß diese nicht widerlegten Gerüchte den Sozialdemokraten noch bei den Stichwahlen zu Gute kommen werden, ist klar. Herr v. Wedemeyer glaubte aber seiner Sache sehr gewiß zu sein. Herr v. Diest-Daber hat in einer sehr verbreiteten Broschüre dasselbe behauptet und die „Reichsglocke" hat blos das Verbrechen begangen, die Diest'sche Broschüre zu zitiren und anstatt N. N. B. 2c. den Namen Bismarck zu drucken. Ich habe im Interesse des Fürsten, im Interesse des Staatswohles blos zur Klarstellung beitragen wollen und sage: Sind die behaupteten Thatsachen unwahr, dann muß die Urheber eine sehr harte Strafe treffen, oder ist Fürst Bismarck ein Gründer, dann kann er nicht mehr ein Minister sein. Rechtsanwalt Quenstedt beantragte zur Klarstellung der Sache die Urheber der Behauptung vorzuladen. Der Staatsanwalt widersprach dem Antrage, den auch der Gerichtshof als zur Sache unerheblich ablehnte. Nunmehr bemerkte Rechtsanwalt Quenstedt: Der Angeklagte müsse jetzt annehmen, daß die aufgestellten Behauptungen wahr seien und schlage deshalb die Herren v. Diest-Daber, v. Bethmann-Hollweg, v. Kardorff, v. Bleichroeder und v. Blankenburg als Zeugen vor. Der Gerichtshof beschloß, den heutigen Termin zu vertagen und zu einem neuen, mit Ausnahme des Herrn v. Diest, alle vorgeschlagenen Zeugen zu laden. Er genehmigte auch gegen die dargebotene Kaution von 10,000 M. das Haftentlassungsgesuch des Angeklagten.

Depeschen zur orientalischen Frage

Petersburg, 20. Januar. Die Nachricht auswärtiger Blätter, wonach Fürst Gortschakoff anläßlich des voraussichtlichen Scheiterns der Konferenz ein Rundschreiben an die Mächte gerichtet haben sollte, wird von bestunterrichteter Seite als vollkommen erfunden bezeichnet. Mit diesem absoluten Dementi wird die Bemerkung verbunden, daß überhaupt in den letzten Wochen keinerlei besondere Zirkular-Notifikation an die Vertreter Rußlands in der orientalischen Frage oder bezüglich der Konferenzen ergangen ist. Die Meldung von dem Beschlusse des hohen Raths der Pforte liegt auch hier vor, jedoch noch nicht offiziell. — Ueber die demnächst russischerseits zu treffenden Maßnahmen wird erst, nachdem die offizielle Mittheilung des Beschlusses erfolgt sein wird, seitens des Kaisers entschieden werden. Unabhängig hiervon ist die Abreise des Generals Ignatieff mit den anderen Bevollmächtigten und seine Vertretung durch einen russischen Geschäftsträger.

Moskau, 20. Januar. Die „Moskauer Zeitung" bespricht die letzten Ereignisse in Konstantinopel und kommt hierbei zu dem Schlusse, daß Europa, welches sich durch seine Nachgiebigkeit geschadet habe, jetzt nach erfolgter Ablehnung der Vorschläge der Mächte die Annahme der ursprünglichen, nicht der allmälig modifizirten Forderungen von der Pforte erzwingen müsse.

London, 20. Januar. Die „Times" empfiehlt Rußland, sich mit dem moralischen Ergebnisse der Konferenz zu begnügen, statt in einen Krieg einzutreten. Habe Rußland auch keine Garartie erlangt, so sei es doch im Besitze solcher durch seine eigene Stärke. Es würde das klügste und würdevollste Verfahren sein, wenn Rußland anerkennend, daß die Situation seit dem Herbste, ja seit der moskauer Rede sich geändert habe, mit den anderen Mächten abwarten würde, ob die Pforte ihren Versprechungen nachkommen werde.

Konstantinopel, 19. Januar. Der Großvezir hat die Beschlüsse des großen Rathes dem Sultan vorgelegt und dessen Befehl wegen Mittheilung an die Vertreter der fremden Mächte erbeten. Die Mittheilung soll morgen erfolgen.

Konstantinopel, 20. Januar. In der heutigen Sitzung der Konferenz haben der Marquis Salisbury und der General Ignatieff die Gegenvorschläge der Pforte, welche die Forderungen der Mächte in Betreff der Ernennung der Gouverneure für die christlichen Provinzen und in Betreff der internationalen Kommission ablehnen, als unannehmbar erklärt. Die Sitzungen der Konferenz sind geschlossen und steht die Abreise der Vertreter der Mächte für nächsten Montag bevor. Der spezielle Verlauf der Sitzung war folgender:

Der türkische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Savfet Pascha, verlas eine Note, in welcher erklärt wird, daß sich die Pforte über gewisse Detailpunkte mit den Mächten verständigen könne. Die Frage über die Ernennung von Generalgouverneuren wird in der Note nicht erwähnt. In Betreff der Frage über die einzusetzende internationale Kommission wird in der Note vorgeschlagen, daß die zu wählende Lokalkommission unter dem Vorsitze eines türkischen Beamten stehen solle. Die Regelung der streitigen Fragen in Bezug auf Serbien und Montenegro wird einer späteren Entscheidung vorbehalten. Nach Verlesung der Note konstatirte der Marquis von Salisbury, daß, nachdem die Pforte sich geweigert habe, die von den Mächten geforderten zwei Garantien für die Ausführung der zugesicherten Reformen, die Ernennung der Gouverneure und die Organisirung einer wahrhaft unabhängigen Kontrolkommission, zu bewilligen, kein gemeinsamer Boden mehr für eine weitere Verhandlung vorhanden zu sein scheine und die Koferenz daher als geschlossen zu betrachten sei. General Ignatieff sprach sich in gleichem Sinne aus. Derselbe erklärte die Gegenvorschläge der Pforte für unannehmbar, betonte, daß die Verantwortlichkeit hierfür auf die Pforte zurückfalle und gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß die Pforte in Zukunft nichts gegen Serbien und Montenegro unternehmen und die Lage der Christen zu respektiren wissen werde. Nach diesen Erklärungen ging die Konferenz auseinander.

Der General Ignatieff und der Marquis von Salisbury reise am nächsten Montag ab. Die anderen Bevollmächtigten werden Konstantinopel im Laufe der nächsten Woche ebenfalls verlassen.

Konstantinopel, 21. Jan. Ueber die gestrige Sitzung der Konferenz verlautet ferner, daß General Ignatieff in seiner Schlußrede nachdem derselbe seine Bemühungen zur Vermeidung eines Krieges hervorgehoben hatte, betont habe, daß, wenn die Pforte jetzt eine Aktion gegen Serbien und Montenegro unternehmen würde, oder wenn die Christen auch ferner unter ihrer Herrschaft zu leiden hätten, die europäischen Mächte davon Kenntniß nehmen würden. Schließlich erwähnte der General noch, daß den Mitgliedern der Konferenz Petitionen von den Christen in Mazedonien, Thessalien, Epirus und Kreta zugegangen seien, in welchen darum gebeten würde, daß sich die Konferenz auch mit der Verbesserung ihrer Lage beschäftigen möge. Die Konferenz habe diese Petitionen nicht in Erwägung ziehen können da ihr Mandat bereits beendet gewesen sei. Nichtsdestoweniger wolle er aber diese Thatsache in der Sitzung, mit welcher die Konferenz schließe, konstatiren.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Berlin**, 19. Jan. Für die bei der Rinderpest zu ergreifenden Maßregeln giebt das Gesetz vom 7. April 1869 in erster Reihe die Norm ab. Für die Ausführung dieses Gesetzes ist demnächst im Mai 1871 vom landwirthschaftl. Minister eine Instruktion erlassen worden und endlich speziell für den hiesigen Viehhof unter dem 24. April 1873 vom hiesigen Polizei-Präsidium eine allerhöchst genehmigte Spezial-Verordnung erfolgt. Auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen ist nunmehr seit gestern eine Quarantäne für den hiesigen Viehhof angeordnet, in Folge deren alles Vieh, welches in denselben eingeführt wird, dort auch geschlachtet werden muß, lebend also nicht wieder herauskommt. In Verbindung damit wird sämmtliches Fleisch der dort geschlachteten Thiere einer veterinärärztlichen Untersuchung unterzogen. An diese Maßregel hat sich nun heute noch eine zweite sehr wichtige Anordnung geknüpft, insofern mit dem heutigen Tage der Schlachtzwang für die Stadt Berlin ausgesprochen ist, d. h. es darf, um die Untersuchung des zu schlachtenden Viehs und des Fleisches sicher zu stellen, außerhalb des Viehhofes überhaupt bis auf Weiteres nicht mehr geschlachtet werden.

** **Wien**, 20. Januar. Das Projekt der Direktion der ungarischen Nordostbahn eine ungarisch-galizische Anschlußlinie Munkacs-Beskit mit der Erzherzog Albrechtsbahn herzustellen, ist, wie die „Presse" erfährt, von der ungarischen Regierung abgelehnt worden.

** **Wien**, 20. Januar. Wochenausweis der gesammten Lombardischen Eisenbahn vom 8. bis zum 14. Januar 1,139,554 Fl., gegen 987,600 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochenmehreinnahme 160,952 Fl.

Die Einnahme des italienischen Netzes in der Woche vom 8. bis zum 14. Januar betrug 587,838 Fl., die Mehreinnahme desselben 26,241 Fl., die Gesammtmehreinnahme des italienischen Netzes seit 1. Juli d. J. 52,431 Fl., die Gesammtmehreinnahme des österreichischen Netzes seit 1. Januar d. J. 302,321 Fl.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 20. Januar. Sr. Maj. Schiff „Gazelle" ist am 19. d. Mittags von Sherneß nach Plymouth in See gegangen.

Solingen, 20. Januar. Bei dei heute hier stattgehabten engeren Wahl wurde der Rentner Moriz Rittinghausen (Sozialb.) mit 10,632 zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Der Gegenkandidat Assessor a. D. Georg Jung (nat.-lib.) erhielt 7452 Stimmen.

Dresden, 20. Januar. Die Abgrenzung für die am 26. d. zwischen Bebel (Sozialb.) und Mayhoff (nat.-lib.) stattfindende engere Reichstagswahl wird von dem hiesigen Stadtrathe heute veröffentlicht.

Darmstadt, 20. Januar. Die zweite Kammer ist auf den 30. d. M. einberufen worden.

Wien, 19. Januar. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht die Ernennung des Freiherrn v. Haymerle, bisherigen österreichisch-ungarischen Gesandten im Haag, zum Botschafter bei dem Könige von Italien. Gleichzeitig ist demselben die Geheimrathswürde verliehen worden.

Wien, 20. Januar. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht eine kaiserliche Verfügung, durch welche aus Veranlassung des Ablebens der Prinzessin Karl von Preußen eine zehntägige Hoftrauer vom 22. an gerechnet, angeordnet wird.

Petersburg, 20. Jan. Wegen des Ablebens der Prinzessin Karl von Preußen ist, wie der „Regierungsanzeiger" meldet, eine vierzehntägige Hoftrauer, vom 18. d. an gerechnet, angeordnet worden. — Der Großfürst Wladimir ist gestern nach Berlin abgereist, um der Beisetzungsfeier der Prinzessin Karl beizuwohnen.

Petersburg, 20. Januar. Nach dem letzten aus Kischeneff eingegangenen Telegramm hat der Großfürst Nicolaus die letzte Nacht, wegen Erbrechens unruhig verbracht. Jedoch war der Zustand des Patienten fieberfrei.

London, 20. Januar. Die amtliche „Gazette" kündigt an, daß der Hof anläßlich des Ablebens der Prinzessin Karl von Preußen vom 21. bis 28. Januar Trauer anlegt. — „Reuter's Bureau" wird aus Hongkong gemeldet, daß der dortige Vertreter der deutschen Regierung die Verhandlungen zwischen China und Spanien vermittele. Der Vertreter Spaniens sei inzwischen nach Peking zurückgekehrt.

Brüssel, 21. Januar. Der „Independance belge" zufolge haben die Spinnereiarbeiter in Loth, unweit Brüssel, die Arbeit eingestellt. Es sind einige Ruhestörungen vorgekommen, in Folge deren eine Abtheilung der hiesigen Gensdarmerie nach Loth gesandt worden ist.

Rom, 19. Jan. Kronprinz Humbert und die Kronprinzessin Margaretha haben aus Anlaß des Ablebens der Prinzessin Karl von Preußen eigenhändige Beileidsschreiben an den Prinzen Karl von Preußen gerichtet. — Der Major Mainoni, der der Demarkationskommission in Serbien als Mitglied angehörte, ist von dort hierher zurückgekehrt, wird sich aber demnächst auf seinen Posten als Militär-Attaché der diesseitigen Botschaft in Wien zurückbegeben. — Die Deputirtenkammer hat heute die Generaldebatte über den Gesetzentwurf, betreffend die Mißbräuche des Klerus, fortgesetzt.

Rom, 20. Januar. [Sitzung der Deputirtenkammer.] Bei der Berathung über den Gesetzentwurf betreffend die Mißbräuche bei der Geistlichkeit wies der Justizminister die Opportunität des Gesetzentwurfs nach und hob hervor, daß die größere Versöhnlichkeit der geistlichen Behörden als eine Folge der Festigkeit des gegenwärtigen Kabinets zu betrachten sei. Das Papstthum erkenne allein die Vereinigung Piemonts mit der Lombardei und Venetien an und sehe in dem übrigen Italien nur gewaltthätige Fusionen. Dasselbe lasse die Geistlichkeit für die politische Auflösung Italiens wirken und veranlasse dadurch allerlei Mißbräuche. Der Minister bat schließlich, die Vorlage ohne Amendements anzunehmen.

Newyork, 20. Januar. Der Stamm der Sioux-Indianer, welcher neuerdings Feindseligkeiten gegen die Unionstruppen unternommen hatte, ist auf kanadisches Gebiet übergetreten.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Berlin, 21. Januar. Privatverkehr. Kreditaktien 231, 00 a 232, 50 a 231, 50, Franzosen 392, 50 a 393, 00 a 391, 00, Lombarden 122, 00 a 121, 00, 1860er Loose 99, 50 a 99, 25, Silberrente 54, 90, Papierrente 49, 50 a 49, 30, Goldrente 60, 50 a 60, 25, Italiener 71, 25 a 71, 40 a 71, 25, 5proz. Türken 11, 90, Rumänier 14, 10 a 14, 00, 5proz. Amerikaner —, —, Köln-Mindener Bahn 101, 00, Bergisch-Märkische Bahn 80, 10 a 80, 25, Rheinische Bahn 110, 25 a 110, 40, Galizier 83, 75 a 83, 50, Laurahütte 70, 50, Darmstädter Bank —, —, Diskonto-Kommandit 107, 25 a 107, 50 a 107, 25, Reichsbank —, —, 5proz. Russen 81, 25 a 81, 10 a 81, 25. Kreditaktien ziemlich fest, Franzosen und Lombarden angeboten, Bahnen und Renten still, Schluß schwächer.

Nachbörse: Kreditaktien 231, 00.

Frankfurt a. M., 20. Januar. Fest bei beschränkten Umsätzen. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204,15. Pariser Wechsel 81, 31 Wiener Wechsel 161, 90. Böhmische Westbahn 139. Elisabethbahn 112¼. Galizier 167. Franzosen*) 197. Lombarden*) 60¾. Nordwestbahn 94½. Silberrente 54⅜. Papierrente 49⅜. Russische Bodenkredit 79¼. Russen 1872 83½. Amerikaner 1885 101⅞. 1860er Loose 99½. 1864er Loose 247, 00. Kreditaktien*) 115. Oesterr. Nationalbank 652, 00. Darmst. Bank 99¼. Berliner Bankver. 88¼. Frankf. Wechselbank —. Oesterr.-deutsche Bank —. Meininger Bank 69⅝, Hess. Ludwigsbahn 96. Oberhessen —. Ung. Staatsloose 135, 60, Ung. Schatzanw. alt 81¼. do. do. neue 78¼. do. Ostb.-Obl. II. —. Centr.-Pacific 98½. Reichsbank 153½. Goldrente 60¼.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 115⅝, Franzosen 196¾, Galizier 167½, Reichsbank 154 ¼, Goldrente 60½.

*) per medio resp. per ultimo.

Abends. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 115⅛, Franzosen 196, 1860er Loose —, Silberrente —, Papierrente —, Goldrente $60\frac{3}{16}$, Galizier —. Reichsbank 153 ⅞, Schwächer.

Wien, 20. Januar. Aeußerst reservirt. Bahnen theilweise besser, Gold stark angeboten.

[Schlußkurse.] Papierrente 61, 20. Silberrente 67, 75. 1854er Loose 107, 50. Nationalbank 819. Nordbahn 1807, 50. Kreditaktien 107, 50. Franzosen 242, 00. Galizier 206, 00. Kasch.-Oderberg 86, 50. Pardubitzer —, —. Nordwestb. 118, 25. Nordwestb. Lit. B. —. —. London 125, 55. Hamburg 61, 10. Paris 49, 80. Frankfurt 61, 10. Amsterdam 104, 00. Böhm. Westbahn —, —. Kreditloose 162, 00. 1860er Loose 112, 70. Lomb. Eisenb. 74, 25. 1864er Loose 134, 70. Unionbank 53, 25. Anglo-Austr. 77, 75. Napoleons 9,98½. Dukaten 5, 94. Silbercoup. 117, 75. Elisabethbahn 139, 20. Ung. Prämienanl. 73, 20. Marknoten 61, 62½.

Türkische Loose —, —. Goldrente —, —.

Wien, 20. Januar. Abendbörse. Kreditaktien 141, 75, Franzosen 241, 75, Lombarden 74, 75, Galizier 205, 50, Anglo-Austr. 78, 25, Silberrente —, —, Papierrente 61, 15, Goldrente 74, 49, Marknoten 61, 50, Napoleons 9, 97½. Ziemlich fest.

Wien, 20. Januar. Offizielle Notirungen: Papierrente —, —, Marknoten —, —, London 125, 35, Paris —, —, Hamburg —, —, Nationalbank —, —, Franzosen —, —. Nordbahn 1820.

London, 20. Januar. Konsols $95\frac{7}{16}$. Italien. 5proz. Rente 70⅛, Lombarden 6⅛. 3prozent. Lombarden-Prioritäten alte —. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue —. 5proz. Russen de 1871 81¼. do. do 1872 80¾. do. 1873 80¼. Silber $58\frac{3}{16}$. Türk. Anleihe de 1865 $11\frac{9}{16}$. 5proz. Türken de 1869 —. 5proz. Vereinigt St. pr. 1885 105¼. do. 5proz. fund. 107⅛. Oesterr. Silberrente — Oesterr. Papierrente — 6proz. ungar. Schatzbonds —. 6proz. ung. Schatzbonds II Emiss. 79. 6proz. Peruaner 18⅛ Spanier 12.

Aus der Bank flossen heute 84,000 Pfd. Sterling.

Paris, 20. Januar. Fest und belebt.

[Schlußkurse.] 3pCt. Rente 71, 57½, Anleihe de 1872 106, 60, Italienische 5proz. Rente 70, 60, do. Tabaksaktien —, —. do. Tabaksobligationen —, —. Franzosen 485, 00. Lombard. Eisenbahn-Akt 153, 75, do. Prioritäten —, —, Türken de 1865 11, 57½. do. de 1869 —, —, Türkenloose 35, 00.

Crédit mobilier 162, Spanier extér. 11⅞, do. intér. 10⅝, Suezkanal-Aktien 658, Banque ottomane 372, Societe generale 516 Credit foncier 622, Egypter 247. — Wechsel auf London 25, 13½.

Paris, 20. Januar, Abends. Boulevard-Verkehr. 3proz. Rente 71, 75, Anleihe de 1872 106, 78, Türken de 1865 11, 77½, Egypter 248, 75, Banque ottomane 377, 50, Italiener 70. 80. Fest.

Newyork, 19. Januar. (Schlußkurse.) Höchste Notirung des Goldagios 6½, niedrigste 6⅜. Wechsel auf London in Gold 4 D. 83½ C. Goldagio 6½. $\frac{5}{20}$ Bonds per 1885 109¼. do. 5proz. fundirte 112¼. $\frac{5}{20}$ Bonds per 1887 113½. Erie-Bahn 9⅞. Zentral-Pacific 106¼. Newyork Zentralbahn 103.

Produkten-Course.

Danzig, 20. Jan. Getreide-Börse. Wetter: mäßiger Frost. — Wind: Süd.

Weizen loko beim Beginn des heutigen Marktes zu unveänderten festen Preisen verkauft, wurde dann flau, und schwer zu verkaufen bei zurückhaltender Kauflust, und mußte zum Schluß des Marktes zu nachgebenden Preisen verkauft werden. Die Zufuhr war mäßig und sind 200 Tonnen gehandelt worden. Bezahlt ist für Sommer- 129/30, 132, 133 Pfd. 210 M., roth 129 Pfd. 210 M., blauspitzig 123 Pfd. 193 M., naß 122 Pfd. 168 M., bunt 125/6 Pfd. 212 M., bezogen hellfarbig 128/9 Pfd. 213 M., hellfarbig 125, 127/8 Pfd. 213 214 M., hellbunt 128, 128/9, 130 Pfd. 217, 218 M., 12930 Pfd. 220 M., fein hochbunt 133, 134/5 Pfd. 221, 222 M., 134/5 Pfd. 223 M., extra fein 137 Pfd. 225 M., weiß 129/30 Pfd. 222 M., 132 Pfd. 224 M. per Tonne. Termine sehr ruhig, April-Mai 222 M. Br., 220 M. G., Mai-Juni 223 M. Br., Juni-Juli 224 M. bez. — Regulirungspreis 214 M.

Roggen loko unverändert, inländischer 125 Pfd. 165 M., 127 Pfd. 167 M., russischer nach Qualität 119 Pfd. 149 M., 120 Pfd. 150 M. 122 Pfd. 154 M. per Tonne ist bezahlt. Termine ohne Kauflust, Februar-März und März-April 157 M. Br., unterpolnischer per April-Mai 163 M. Br., Mai-Juni 166 M. Br. Regulirungspreis 159 M. — Gerste loko große 108, 110 Pfd. 146, 147 M., bessere 113/4 Pfd. 150 M. 114 Pfd. 154 M.. 115 Pfd. 157 M., 117, 118 Pfd. 156, 159 M., kleine 112 Pfd. 145 M. per Tonne bezahlt. — Erbsen loko nicht gehandelt. Termine Futter- April-Mai 142 M. Br., 140 M. Gd. — — Wicken loko sind mit 148 M per Tonne bezahlt. — Hafer loko inländischer zu 145 M., russischer 118 M. per Tonne gekauft. — Spiritus loko ist zu 53 M per 10,000 Liter pCt. gehandelt.

Köln, 20. Januar. Getreidemarkt. Weizen fester hiesiger loko 24, 25, fremder loko 22, 50, pr. März 22, 45, pr. Mai 22, 90. Roggen, hiesiger loko 18, 50, pr. März 16, 45, pr. Mai 16, 75. Hafer loko 17, 00, pr. März 16, 45, pr. Mai 16, 75. Rüböl, loko 40, 50, pr. Mai 38, 10, pr. Oktober 36, 00.

Bremen, 20. Januar. Petroleum fest. (Schlußbericht). Standard white loko 19 25, pr. Januar 19, 25, pr. Februar 19, 25, pr. März 18, 25.

Produkten-Börse.

Berlin, 20. Jan Wind: NW. Barometer: 28. Thermometer 4,0° R. Witterung: Regnerisch

Weizen loko per 1000 Kilogr. M. 195—238 nach Qual. gef., per diesen Monat —, Jan.-Febr. —, April-Mai 226,00 225,5 bz., Mai-Juni 226,5—226,00 bez. — **Roggen** loko per 1000 Kilogr. 159—186 nach Qualität gef., russischer 160—162 ab Boden bez., neuer do. und poln. 159—169, neuer inl. 173—186 ab Bahn bez., def. und russ. — bz., per diesen Monat 162,00—161,00—161,5 bez., per Januar-Februar do., per Febuar-März 162,00—161,00—161,5 bez., per April-Mai 164,5—164—164,5 bez., Mai-Juni 162,5—162,00 bez., Juni-Juli 161,5—161,00 bz. — **Gerste** loko 1000 Kilgr. 130—180 M. nach Qual. gef. — **Hafer** loko 1000 Kilgr. 125—167 nach Qual. gef., ost- und westpreuß. 140—155, russischer 134—145, neuer pomm. 160—163, neuer schles. 152—162, galiz. —, böhm. 153—163, ungar. 140—142 ab Bahn bez., defekter — bz., per diesen Monat —, per Januar-Februar —, April-Mai 155,5 bez. Mai-Juni 156,5 bez. — **Erbsen** per 1000 Kilogramm Kochwaare 154—187 nach Qualität, Futterwaare 138—153 nach Qualität. — **Raps** per 1000 Kilogr. — **Rübsen** —. — **Leinöl** loko per 100 Kilo ohne Faß 60,00 M. — **Rüböl** per 100 Kilogr. loko ohne Faß 74,00 bez., mit Faß per diesen Monat 74,5 bez., per Januar-Februar do., Febr.-März do. bez., April-Mai 75,2—75,00—75,2 bz., Mai-Juni 74,5—74,3—74,5 bz., Sept.-Okt. 70,5—70,7 bez. — **Petroleum** (raff.) (Stand. white) 100 Kilg. mit Faß loko 44,00 bz., per diesen Monat 40,2—40,5 bez., per Jan.-Febr. 37,00 bz., per Febr.-März 34,2—34,4 bez., März-April —, April-Mai — bez. — **Spiritus** per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Faß 54,9 bez., per diesen Monat 55,2—55,4 bez., per Januar-Februar do., per Februar-März —, März-April — —, April-Mai 57,2—57,4 bez., per Mai-Juni 57,4—57,6 bezahlt, per Juni-Juli 58,2—58,5 bezahlt, Juli-August 59,2—59,5 bezahlt, per August-September 59,9—60,2 bezahlt. — **Mais** per 1000 Kilo loko neuer 124—139 bez., alter 134—139 nach Qual. gefr., neuer ung. —, neuer Mold. 125 ab Bahn bez., — alter do. — **Roggenmehl** Nr. 0 und 1 per 100 Kil. Brutto inkl. Sack per diesen Monat 23,10 bez., Januar-Februar do., pr. Februar-März do., per März-April 23,10 bez., April-Mai 23,10 bez., Mai-Juni 23,10 bez. — **Mehl** Nr. 0 29,50—27,50. Nr. 0 und 1 27,50—26,50., Roggenmehl Nr. 0 25,50 bis 23,50, Nr. 0 u. 1 23,00—22,00 per 100 Kil. Brutto inkl. Sack. (B.- u. H.-Z.)

Stettin, 20. Januar. An der Börse. (Amtlicher Bericht. Wetter: Regn. + 3° R., Barometer 28.6). Wind: SW.

Weizen etwas fester, per 1000 Kilo loko gelber inländ. 200—209 M., feiner 212—221 M., geringer 175—195 M., per Frühjahr 225,5—226,5—225,5 M. bez., per Mai-Juni 227 M. bez., per Juni-Juli 229 M. bez. — Roggen etwas matter, per 1000 Kilo loko inländischer 180—186 M., Russischer alter 157—160 M., do. neuer 161—165 M., per Frühjahr 160 M. bez., per Mai-Juni 159 M. bez., per Juni-Juli 159—158,5 M. bez. — Gerste unverändert, per 1000 Kilo loko Malz- 158—166 M., Futter- 130—135 M. — Hafer und. per 1000 Kilo loko 145—160 M., per Frühjahr 157 M. Br., 156 M. Gd. per Mai-Juni 157,5 Gd. — Erbsen unverändert, per 1000 Kilo loko Futter- 146—152 M., Koch- 152—156 M., Frühjahrs-Futter- 154 M. Br. — Winterrübsen flau, per 1000 Kilo per April-Mai 355 M. nom., September-Oktober 308 M. bez. Br. u. Gd. — Rüböl geschäftslos, per 100 Kilo loko flüssiges 75,5 M. Br., per Jan.-Februar 74 M. Br., per April-Mai 75 M. Br., per September-Oktober 69,5 M. Br. — Spiritus matter, per 10,000 Liter Proz. loko ohne Faß 53,7 M. bez., kurze Lief, 53,7 M. bez. per Januar u. Januar-Februar 54 M. nom. per Frühjahr 56—55,8 M. bez. per Mai-Juni 57 M. Br., per Juni-Juli 58 M. Br. bez., per Juli-August — M. bez., per August-September — M. bz. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreis für Kündigungen: Rüböl 74 M., Spiritus 54 M. — Petroleum loko 19—19,35 M. bez, Regulirungspreis 19 M. per Januar — M. Br., per Februar 18,5 M. bez.

Heutiger Landmarkt per 1000 Kilo: Weizen 204—216 M., Roggen 192—195 M., Gerste 164—170 M. Hafer 172—174 M. Erbsen 160—168 M. Kartoffeln 48—54 M., Heu 3—3,75 M. Stroh 54—57 M. (Ostf.-Ztg.)

Breslau, 20. Januar. [Amtlicher Produktenbörsen-Bericht.] **Kleesaat** rothe fest, ord. 52 57, mittel 59—66, fein 69—75, hochf. 78—81. — **Kleesaat** weiße fest ord. 52—60, mittel 63—70, fein 73—79, hochf. 80—85. — **Roggen** (per 2000 Pfd.) geschäftslos. Gek. -- Ctr. — Abgel. Kündigungssch. —, Jan. und Jan.-Februar 153,00 Br., per Febr.-März —, per März-April —, per April-Mai 160 Br. u. Gd., per Mai-Juni 162 Br., per Juni-Juli —. **Weizen** 198 Br, per April-Mai 208 Br., Gek. — Ctr. — **Hafer** 136 Br., April-Mai 141 Br., per Mai-Juni —. Gek. — Ctr. — **Raps** 330 Br., Gek. — Ctr. — **Rüböl** geschäftslos, Gek. — Ctr. Loko 75,00 Br., per Jan., Jan-Febr. u. per Febr.-März 74 Br., März-April — April-Mai 73,50 Brief, 73 Gd., per Mai-Juni 73,00 Br., Sept.-Okt 69 Br. — **Spiritus** geschäftsl. Gek. 5000 Liter, loko 52,10 Br., 51,10 Geld, per Jan. u. per Jan.-Februar 53,10 bez., per Februar-März —, März-April —, per April-Mai 55,00 Brief und bez., Mai-Juni 55,50 Br., Juni-Juli —, Juli-August —. **Zink**: Ohne Umsatz. (B. H.-Bl.)

Die Börsen-Kommission.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 260' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
21. Jan.	Nachm. 2	28" 1''' 89	+ 0,2	N ·2	bedeckt Ni. Reg.
21. "	Abnds. 10	28" 4''' 37	+ 0,5	S ·1	bed Ni Schnee[1])
22. "	Morgs 6	28" 5''' 08	— 0,3	N ·2	bedeckt Ni

[1]) Schneemenge: 8,1 Pariser Kubikzoll auf den Quadratfuß.

Wasserstand der Warthe

Posen, am 20. Januar Mittags 1,98 Meter
" " 21. " " 1,88 "

Berlin, 20. Jan. Die schwache Haltung des gestrigen Verkehrs hatte an den fremden Börsen nur wenig Anklang gefunden; die von außerhalb gesandten Notirungen lauteten etwas besser, und auch hier setzten Kreditaktien und Franzosen höher ein. Die beunruhigenden politischen Nachrichten blieben unbeachtet; die Versuche der Haussepartei, ihre Engagements zu lösen, übten wenig Einfluß, da der Verkehr an sich sehr unbedeutend war und auch stärkere Herabsetzungen kaum im Stande zu sein schienen, Käufer anzulocken. Die Haltung konnte mithin im Ganzen fest genannt werden, und zeigte bei großer Geschäftsstille wenig Schwankungen. Kreditaktien und Franzosen standen im Vordergrunde. Fremde Renten lagen fest, aber ganz geschäftslos. Goldrente war etwas beachtet; die Uebergehung des Rothschildkonsortiums bei Begebung eines weiteren Betrages erregte Aufsehen, ohne daß sich der Grund dafür bestimmt angeben läßt. Russische Anleihen stellten sich eher besser; russische Prioritäten lagen sehr still, österr.-ungar. Eisenbahn-Obligationen gut behauptet. Loos-Effekten erschienen beliebt, wenngleich nicht viel verändert. Deutsche Anlagewerthe blieben ohne Bewegung. Potsdamer und Hannover-Altenbekener Prioritäten beachtet. Der deutsche Eisenbahn-Aktienmarkt behauptete sich bei stillem Geschäft gut. Nordhausen-Erfurt, Märkisch-Posen, Hannover-Altenbekener und Halberstädter bevorzugt. Galizier höher. Rumänien gedrückt. Banken und Industriepapiere fast ganz geschäftslos. Deutsche Looseffekten fanden gute Beachtung; neben den kleinen unverzinslichen Prämienanleihen wurden bairische und badische bevorzugt. Geld flüssig. Fremde Wechsel fest. Die Haltung befestigte sich im weiteren Verlaufe des Verkehrs mehr; doch blieb das Geschäft unbedeutend. Per Ultimo notiren wir: Franzosen 393,50—395, Lombarden 122, Kreditaktien 229,50—31,50, Diskonto-Kommandit-Antheile 106,75—7,50, Phönix A verlor 1, Halberstädter gewannen 1, Deutsche Bank 0,90. Schluß fest. Kreisobligationen 5 proz. 104 bez., 4½ proz. 99,60 G., 4 proz. 93,40 bez. Gd.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 20. Januar 1877.

Preußische Fonds und Geld-Course.

Konsol. Anleihe	4½	104,10 bz
do. neue 1876	4	95,30 bz
Staats-Anleihe	4	95,70 bz
Staats-Schldsch.	3½	92,75 bz
Kur- u. Nm. Sch.	3½	92,00 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	102,00 bz
Berl. Stadt-Obl.	4½	102,10 B
do. do.	3½	93,00 G
Cöln. Stadt-Anl.	4½	
Rheinprovinz do.	4½	101,75 bz
Schlov. d. B. Kfm.	4½	—,— B
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	101,50 bz
do.	5	106,00 G
Landsch. Central	4	95,00 bz G
Kur- u. Neumärk.	3½	85,75 bz
do. neue	3½	84,75 G
do.	4	95,40 bz G
do. neue	4½	—,— bz
N. Brandbg. Cred.	4	
Ostpreußische	3½	84,00 B
do.	4	96,50 G
do.	4½	101,75 bz G
Pommersche	3½	83,20 B
do.	4	95,50 G
do.	4½	101,90 bz
Posensche, neue	4	94,75 bz
Sächsische	4	96,00 G
Schlesische	3½	85,00 bz
do. alte A. u. C.	4	95,00 G
do. neue A. u. C.	4	95,00 B
Westpr. rittersch.	3½	82,60 bz
do.	4	93,20 bz
do.	4½	101,30 bz G
do. II. Serie	5	106,80 bz
do. neue	4	
do.	4½	100,80 bz
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	95,20 bz
Pommersche	4	95,00 bz
Posensche	4	95,10 G
Preußische	4	95,00 bz
Rhein- u. Westfäl.	4	98,50 bz G
Sächsische	4	95,75 bz
Schlesische	4	95,90 bz
		20,34 G
Souvereigens		16,28 G
Napoleonsd'or		—,— bz
do. 500 Gr.		4 18 G
Dollars		—,— G
Imperials		13,94 G
do. 500 Gr.		
Fremde Banknot.		
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,35 G
Oesterr. Banknot.		162,10 bz
do. Silbergulden		189,75 bz
Russ. Noten		251,50 bz

Deutsche Fonds.

P.-A. v. 55 a 100th.	3½	144,00 bz G
Hess. Prsch. a 40th.	—	246,75 bz G
Bad. Pr.-A. v. 67	4	121,20 bz G
do. 35fl.-Obligat.	—	140,00 bz G
Bair. Präm.-Anl.	4	123,40 bz G
Brschw. 20thl.-L.	—	75,30 bz G
Brem. Anl. v. 1874	4½	
Cöln-Md.-Pr.-A.	3½	108,25 bz G
Dess. St. Pr.-Anl.	3½	121,00 bz G
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	108,00 bz
do. II. Abth.	5	107,00 bz
Hb. Pr.-A. v. 1866	3	173,70 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	171,50 bz
Mecklb. Eisenbsch.	3½	
Meininger Loose	—	19,25 B
do. Pr.-Pfdbr.	4	1030,0 B
Oldenburg. Loose	3	134,50 bz
D. G.-C.-B.-Pf. 110	5	102,00 G
do. do.	4½	96,75 G
Dtsch. Hypoth. unk	5	101,00 bz G
do. do.	4½	95,75 bz G
Mein. Hyp.-Pfd.	5	101,25 G
Nrdd. Grdcr.-H. A	5	101,00 bz G
do. Hyp.-Pfdbr.	5	101,00 bz G
Pomm. H.-B. I. 120	5	105,25 G
do. II. IV. rz. 110	5	102,00 G

Pomm III. rz. 100	5	100,50 bz
Pr. B.-C.-H.-Br. kd.	5	100,00 G
do. unk. rückz. 110	5	102,90 bz G
do. do. 100	5	101,00 bz G
Pr. C.-B.-Pfdb. kd.	4½	100,25 bz
do. unk. rückz. 110	5	106,50 bz
do. (1872 u. 74)	4½	98,40 bz
do. (1872 u. 73)	5	101,00 bz G
do. (1874)	5	101,00 bz G
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	99,25 bz G
do. do.	5	100,75 bz G
Schles. Bod.-Cred.	5	100,00 bz G
do. do.	4½	94,00 G
Stett. Nat.-Hyp.	5	101,25 bz G
do. do.	4½	98,25 bz G
Kruppsche Oblig.	5	103,30 bz

Ausländische Fonds.

Amerik. rckz. 1881	6	105,60 bz G
do. do. 1885	6	99,75 bz
do. Bds. (fund.)	5	103,00 bz G
Norweg. Anl.	4½	
New-Yrk. Std.-A	6	102,40 bz
do. Goldanl	7	104,80 G
Oest. Gold-Rente	7	60,50 B
Oest. Pap.-Rente	4½	49,40 bz
do. Silb.-Rente	4½	54,90 bz B
do. 250 fl. 1854	4	94,50 bz B
do. Cr. 100 fl. 1858	—	291,75 G
do. Lott.-A. v. 1860	5	99,50 bz
do. do. v. 1864	—	246,00 bz
Ung. St.-Eisb.-A.	5	66,30 bz
do. Loose	—	136,50 bz G
do. Schatzsch. I.	6	81,00 bz
do. do. kleine	6	82,25 B
do. do. II.	5	78,30 bz
Italienische Rente	5	71,00 bz G
do. Tabak-Obl.	6	102,40 bz G
do. do. Actien	6	
Rumänier	8	83,90 bz
Finnische Loose	—	39,20 G
Russ. Centr.-Bod.	5	— — bz
do. Engl. A. 1822	5	79,60 bz B
do. do. A. v. 1862	5	81,50 bz
Russ.-Engl. Anl.	3	
Russ. fund. A. 1870	5	85,00 G
Russ. conf. A. 1871	5	81,75 bz
do. do. 1872	5	81,75 bz
do. do. 1873	5	81,75 bz
do. Bod.-Credit	5	79,40 bz G
do. Pr.-A. v. 1864	5	144,75 bz
do. do. v. 1866	5	144,75 bz
do. 5. A. Stiegl.	5	—,— bz
do. 6. do. do.	5	85,20 bz
do. Pol.-Sch.-O.	4	77,00 bz
do. do. kleine	4	76,30 bz
Poln. Pfdb. III. E.	5	—,— bz
do. do.	4	
do. Liquidat.	4	62,50 bz G
Türk. Anl. v. 1865	5	12,00 bz B
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	26,10 bz

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	169,80 bz
do. 100 fl. 2 M.	168,85 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20,42 bz
do. do. 3 M.	20,36 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	81,30 bz
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	81,20 bz
do. do. 100 F. 2 M.	80,80 bz
Wien öst. Währ. 8 T.	162,00 bz
Wien öst. Währ. 2 M.	160,40 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	248,20 bz
do. 100 Rub. 3 M.	245,00 bz
Warschau 100 R. 8 T.	249,00 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel —, f. Lombard — pCt.; Bankdisconto in Amsterdam 3, Bremen 5, Brüssel 3½ Frankfurt a. M. 4, Hamburg —, Leipzig —, London 2, Paris — Petersburg 6, Wien 4½ pCt.

Bank- und Credit-Aktien.

Badische Bank	4	107,90 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf.	4	57,50 bz G
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	56,25 G
Berliner Bankverein	fr.	46,25 G
do. Comm.-B. Sec.	4	59,75 G
do. Handels-Ges.	4	68,00 bz G
do. Kassen-Verein	4	152,50 G
Breslauer-Disc.-Bk.	4	68,25 bz
Centralbk. f. Bauten	4	12,50 bz G
Centralbk. f. Ind. u. H.	4	65,25 bz G
Cent.-Genossensch.-B.	fr.	95,50 G
Chemnitzer Bank-V.	4	77,50 G
Coburger Credit-B.	4	67,25 G
Cöln. Wechslerbank	4	74,50 G
Danziger Bank	fr.	61,00 G
Danziger Privatbank	4	115,00 G
Darmstädter Bank	4	98,30 bz
do. Zettelbank	4	97,00 bz
Dessauer Creditbank	4	70,00 bz G
do. Landesbank	4	117,25 G
Deutsche Bank	4	82,10 bz G
do. Genossensch.	4	88,00 G
do. Hyp.-Bank	4	92,00 B
do. Reichsbank	4½	154,25 bz
do. Unionbank	fr.	86,00 G
Disconto-Comm.	4	107,75 bz
do. Prov.-Disconto	4	77,00 B
Geraer Bank	4	72,00 bz G
do. Creditbank	4	54,40 G
Gew.-B. H. Schuster	4	8,0 G
Gothaer Privatbank	4	87,75 G
do. Grundcreditbk	4	101,00 B
Hypothek. (Hübner)	4	116,75 B
Königsb. Vereinsbank	4	80,10 G
Leipziger Creditbank	4	107,50 G
do. Discontobank	4	66,00 B
do. Vereinsbank	3½	90,50 G
do. Wechselbank	4	60,50 bz
Magdeb. Privatbank	4	104,00 B
Mecklenb. Bodencredit	4	78,50 G
do. Hypoth.-Bank	4	70,10 B
Meininger Creditbank	4	69,50 bz G
do. Hypothekenbk	4	98,30 G
Niederlausitzer Bank	4	83,25 G
Norddeutsche Bank	4	122,50 G
Nordd. Grundcredit.	4	93,50 bz
Oesterr. Credit	4	
do. Deutsche Bank	fr	93,25 bz G
Ostdeutsche Bank	fr.	89,00 G
Posener Spritactien.	4	38,25 G
Petersb. Discontobank	4	85,00 G
do. Intern. Bank	4	87,00 G
Posen. Landwirthsch.	4	62,00 B
Posener Prov.-Bank	4	99,40 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Boden-Credit	4	94,50 G
do. Centralboden	4	115,00 bz G
do. Hyp. Spielh.	4	122,80 G
Product.-Handelsbank	4	79,00 bz
Provinz.-Gewerbebk.	4	40,00 bz G
Rittersch. Privatbank	4	127,00 G
Sächsische Bank	4	117,00 bz G
do. Bankverein	fr	95,00 G
do. Creditbank	4	94,00 G
Schaaffhaus. Bankv.	4	59,40 bz
Schles. Bankverein	4	86,75 B
Schles. Vereinsbank	4	89,50 G
Südd. Bodencredit	4	108,40 bz
Thüringische Bank	4	70,00 bz G
Vereinsbank Quistorp	fr.	1,10 G

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhofer	4	—,— B
Dannenb. Kattun	4	17,50 G
Deutsche Bauges.	4	51,00 bz G
Deutsch. Eisenb.-Bau.	4	10,00 bz G
Dtsch. Stahl- u. Eisen.	4	
Donnersmarckhütte	4	19,00 B
Dortmunder Union	4	6,50 bz
Egell'sche Masch.-Act.	4	14,75 G
Erdmannsd. Spinn.	4	17,00 G
Flora f. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Nähm.	4	35,00 B
Gelsenkirch.-Bergw	4	98,00 G
Georg-Marienhütte	4	60,75 G
Hibernia u. Shamr.	4	34,00 G
Immobilien (Berl.)	4	76,50 bz G
Kramsta, Leinen-F.	4	68,25 G
Lauchhammer	4	23,50 G
Laurahütte	4	70,75 bz
Luise-Tiefbau-Bergw.	4	18,80 bz
Magdeburg. Bergw.	4	109,10 G
do. Spritfabrik	4	23,50 G
Marienhütte Bergw.	4	68,00 bz G
Massener Bergwerk	4	15,50 G
Menden u. Schw. B.	4	48,50 G
Oberschles. Eis.-Bed.	4	27,25 bz G
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit A.	4	31,00 bz G
Phönix B.-A. Lit. B.	4	22,00 bz G
Redenhütte	4	5,75 G
Rhein.-Nass. Bergwerk	4	86,50 G
Rhein.-Westfäl. Ind	4	
Stobwasser Lampen	4	36,00 bz G
Union-Eisenwerk	4	5,10 G
Unter den Linden	4	17,50 bz G
Wäsemann Bau-V.	fr.	
Westend (Quistorp)	fr.	—,— G
Wissener Bergwerk	4	13,00 G 3 B
Wöhlert Maschinen	4	13,00 G

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Aachen-Mastricht	4	20,60 bz G
Altona-Kiel	4	121,75 bz
Bergisch-Märkische	4	80,00 bz G
Berlin-Anhalt	4	104,50 bz G
Berlin-Dresden	5	23,10 bz G
Berlin-Görlitz	4	22,00 bz
Berlin-Hamburg	4	169,75 bz
Berliner Nordbahn	5	
Brl.-Potsd.-Magdeb	4	79,50 bz G
Berlin-Stettin	4	122,50 bz G
Bresl.-Schw.-Freibg.	4	69,00 G
Cöln-Minden		100,60 bz
do. Litt. B.	5	—
Halle-Sorau-Guben	4	13,25 bz G
Hann.-Altenbeken	4	16,40 bz
do. II. Serie	4	
Märkisch-Posener	4	18,25 bz G
Magd.-Halberstadt	4	108,50 bz G
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Litt. B.	4	
Münster-Hamm		97,00 G
Niederschles.-Märkisch	4	97,00 B
Nordhausen-Erfurt	4	26,50 bz G
Oberschl. Litt. A. u. C.	3½	128,00 bz B
do. Litt. B	3½	120,50 bz
do. Litt. E.	5	
Ostpreuß. Südbahn	4	23,10 bz G
Pomm. Centralbahn	fr	
Rechte Oder-Uferbahn	4	105,30 G
Rheinische	4	110,20 bz G
do. Litt. B. v. St. gar	4	91,90 bz
Rhein-Nahebahn	4	12,25 bz
Stargard-Posen	4½	101,25 bz
Thüringische	4	127,40 bz
do. Litt. B. v. St. gar.	4	91,90 bz
do. Litt. C. v. St. gar.	4½	100,00 G
Weimar-Geraer	4½	48,60 bz
Albrechtsbahn	5	13,50 bz
Amsterdam-Rotterd.	4	3,75 bz
Aussig-Teplitz	4	120,25 bz
Baltische	3	—,— bz
Böhm. Westbahn	5	68,75 bz
Brest-Grajewo	4	17,25 G
Brest-Kiew	4	
Dux-Bodenbach	4	7,36 bz
Elisabeth-Westbahn	5	55,75 bz G
Kaiser Franz Joseph	5	50,50 G
Galiz. (Karl Ludwig)	5	83,25 bz
Gotthard-Bahn	6	46,50 G
Kaschau-Oderberg	5	35,00 bz G
Ludwigsh.-Bexbach	4	176,00 bz G
Lüttich-Limburg	4	19,00 bz G
Mainz-Ludwigshafen	4	95,70 bz
Oberhess. v. St. gar	fr.	77,30 bz G
Oestr.-frz. Staatsbahn	5	
do. Nordwestbahn	5	190,50 bz
do. Litt. B.	5	58,00 G
Reichenb.-Pardubitz	4	43,60 bz G
Kronpr. Rudolfsbahn	5	42,25 bz
Rjask-Wjas	5	
Rumänier	4	14,25 bz
Russische Staatsbahn	5	104,50 bz
Schweizer Unionbahn	4	8,50 bz
Schweizer Westbahn	4	23,00 bz G
Südösterr. (Lomb.)	4	—,—
Turna-Prag	4	40,50 bz
Vorarlberger	5	38,60 bz
Warschau-Wien	4	—,— bz

Eisenbahn-Stammprioritäten

Altenburg-Zeitz	5	102,75 B
Berlin-Dresden	5	43,00 bz
Berlin-Görlitzer	5	52,00 G
Berliner Nordbahn	fr.	
Breslau-Warschau	5	
Chmn.-Aue-Adorf	fr.	20,25 G
Crefeld-K. Kempen	fr.	
Gera-Plauen	5	26,25 bz
Halle-Sorau-Guben	5	31,20 G
Hannover-Altenbek.	5	37,00 G
do. II. Serie	5	
Leipz.-Gaschw.-Ms.	5	
Märkisch-Posen	5	68,50 G
Magdeb.-Halberst. B.	3½	70,50 G
do. do C.	5	96,70 G
Münster-Enschede	5	
Nordhausen-Erfurt	5	36,00 G
Oberlausitzer	5	32,25 bz
Ostpreuß. Südbahn	5	73,50 G
Rechte Oderufer-Bahn	5	109,25 G
Rheinische	4	
Rumänische	8	57,50 bz
Saalbahn	5	24,50 B
Saal-Unstrutbahn	5	9,50 G
Tilsit-Insterburg	5	64,50 bz
Weimar-Geraer	5	20,75 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	90,50 B
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	95,50 G
Berg.-Märkische I.	4½	
do. II.	4½	
do. III. v. St. g.	3½	84,75 bz
do. do. Litt. B.	3½	84,75 G
do. do. Litt. C.	3½	77,50 B
do. IV.	4½	99,50 bz B
do V.	4½	99,40 bz
do. VI.	4½	98,10 bz
do VII.	5	102,75 bz
Aachen-Düsseldorf I.	4	
do do. II.	4	90,00 G
do. do III.	4½	97,00 G
do. Düss.-Elb.-Pr	4	93,00 B
do. do. II.	4½	97,00 G
do. Dortmd.-Soest	4	
do. do. II.	4½	
do. Nordb. Fr. W.	5	103,10 bz
do. Ruhr-Cr.-K.	4½	96,— G
do. do II.	4	
do. do. III.	4½	—,— G
Berlin-Anhalt	4	—,—
do.	4½	100,50 G
do. Litt. B.	4½	100,50 G
Berlin-Görlitz	5	102,00 G
do. do.	4½	83,00 bz
Berlin-Hamburg	4	
do. do. II	4	
do. do. III	5	
Berl.-Potsd.-M. A. B	4	—,— bz
do. do. C	4	90,75 bz
do. do. D.	4½	96,80 bz G
do. do. E	4½	96,50 B
Berlin-Stettin I.	4½	— —
do. do II.	4	93,10 bz
do do. III.	4	93,10 bz
do. IV. v. St. g.	4½	101,80 bz
do. VI. do	4	92,90 bz
do. VII.	4½	99,00 bz G
Bresl.-Schw.-Freibrg.	4½	
do. do. Litt. G	4½	
do. do. Litt. H	4½	89,75 G
do. do. Litt. I.	4½	89,75 G
Cöln-Minden IV	4	92,10 bz G
do. do. V	4	90,50 G
do. do. VI.	4½	97,70 bz
Halle-Sorau-Guben	5	100,30 G
do. do do.	5	101,00 bz G
Hannov.-Altenbek I.	4½	89,50 G
do. do. II	4½	89,25 bz
do. do III	4½	89,75 bz G
Märkisch-Posener	5	102,00 B
Magdeb.-Halberstadt	4½	
do do. de 1865	4½	97,50 bz
do. do. de 1873	4½	97,25 G
do. Leipzig	4½	99,50 bz B
do. do. de 1873	4½	— —
do. Wittenberge	3	73,50 G
do. do.	4½	—,— B
Niederschles.-Märk. I.	4	97,75 G
do. II a 62½ thlr.	4	95,00 G
do. Obl. I. u. II	4	98,00 G
do. do. III. conv.	4	96,50 G
Nordhausen-Erfurt I.	5	
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	4½	
do. C.	4	
do. D.	4	
do. E.	3½	84,50 G
do. F.	4½	101,50 bG
do. G.	4½	
do. H.	4½	
do v. 1869	5	103,00 B
do. v. 1873	4	
Oberschles. v. 1874	4½	98,20 bz
do. Brieg-Neisse	4½	97,50 bz
do. Cos.-Oderb.	4	—,— G
do. do.	5	103,00 bz B
do. Niedsch. Zwgb.	3½	
do. Starg. Pos.	4	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Ostpreuß. Südbahn	5	
do. Litt. B.	5	
do. Litt. C.	5	
Rechte-Oder-Ufer	5	100,90 bz
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	87,00 G
do. von 1858, 60	4½	99,25 bz G
do. von 1862, 64	4½	99,25 bz G
do. v. 1865	4½	99,25 bz G
do. 1869, 71, 73	5	103,40 B
do. v. 1874	5	103,40 B
Rh.-Nahe. v. St. g.	4½	102,50 B
do. II. do.	4½	102,50 B
Schlesw.-Holstein.	4½	99,50 B
Thüringer I.	4	95,75 G
do. II.	4½	
do. III.	4	
do. IV.	4½	100,0 B
do. V.	4½	

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	64,90 bz G
Gal. Karl-Ludwig. I.	5	82,50 bz G
do. do. II.	5	80,00 G
do. do. III.	5	78,10 bz G
do. do. IV.	5	77,00 G
Lemberg-Czernow. I.	5	62,25 G
do. II.	5	62,50 G
do. III.	5	54,75 bz
do. IV.	5	49,25 G
Mähr.-Schles. Ctrlb.	fr.	13,75 G
Mainz-Ludwigshafen	5	—,—
do. do	4½	—,—
Oesterr.-Franz. Stsb.	3	314,50 bz
do. Ergänzungsn.	3	298,00 bz
Oesterr.-Franz. Stsb.	5	94,00 bz G
do. II. Em.	5	94,00 bz G
Oesterr. Nordwestb.	5	73,00 G
Oest. Nrdwstb. Litt. B.	5	58,20 B
do. Goldpriorität.	5	
Kronpr. Rud.-Bahn	5	61,10 G
do. do. 1869	5	58,30 bz
do. do. 1872	5	57,50 bz
Rab-Graz Pr.-A.	4	—,—
Reichenb.-Pardubitz.	5	62,50 bz
Südösterr. (Lomb.)	3	229,10 bz
do. do. neue	3	229,20 G
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	01,00 G
do. do. 1878	6	102,00 G
do. do. Obltg.	5	76,00 bz G
Baltische, gar.	5	79,50 G
Brest-Grajewo	5	55,50 G
Charkow-Asow. g.	5	84,50 G
do. in Lstr. a 20.40	5	78,50 bz B
Charkow.-Krementsch.	5	84,50 G
Jelez Orel, gar.	5	85,00 G
Jelez-Woron., gar.	5	87,00 G
Koslow.-Woron.	5	87,50 bz
Koslow.-Woron. Obl.	5	76,50 G
Kursk.-Chark. gar.	5	84,50 G
K.-Chark.-As. (Obl.)	5	76,10 G
Kursk.-Kiew, gar.	5	89,10 bz
Losowo-Sewast.	5	76,50 B
Mosco-Rjäsan, g.	5	96,30 B
Mosk.-Smolensk	5	87,70 G
Schuja-Iwanowo	5	84,50 G
Warschau-Teresp.	5	87,00 bz B
do. kleine	5	87,50 G
Warschau-Wien II.	5	94,25 B
do. III.	5	91,25 G
do. IV.	5	84,00 G
Zarskoe-Selo	5	78,00 bz

Druck und Verlag von W. Decker und Comp. (E. Röstel) in Posen.